



Stenografischer Bericht

70. Sitzung

Mittwoch, 16. Juli 2014,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 5913

Beschlüsse zur Tagesordnung 5914

Tagesordnungspunkt 1:

- a) **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „Sachsen-Anhalt in guter Verfassung - gemeinsam die Zukunft für unser Land gestalten“**

Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff 5914

- b) **Aussprache zur Regierungserklärung**

Herr Gallert (DIE LINKE) 5921

Frau Budde (SPD) 5925

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) 5929

Herr Schröder (CDU) 5932

Tagesordnungspunkt 6

Beratung

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 35. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete
- **Drs. 6/3274**

Frage 1:

Kameraüberwachung in Burg

Frau Tiedge (DIE LINKE) 5935

Minister Herr Stahlknecht 5935, 5937

Herr Striegel (GRÜNE) 5937

Frage 2:

Fahrraddiebstähle in Sachsen-Anhalt

Herr Wagner (DIE LINKE) 5938
 Minister Herr Webel 5938, 5939

Frage 3:

Unterrichtsorganisation in der Sekundarschule und im Sekundarschulzweig der kooperativen Gesamtschule ab Schuljahr 2014/2015

Frau Hohmann (DIE LINKE) 5939, 5940
 Minister Herr Dorgerloh 5939, 5940

Tagesordnungspunkt 7

Zweite Beratung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz

Gesetzentwurf Landesregierung
 - **Drs. 6/2721**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - **Drs. 6/3243**

(Erste Beratung in der 59. Sitzung des Landtages am 30.01.2014)

Frau Brakebusch (Berichterstatterin) 5941
 Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE) 5942
 Herr Barth (SPD) 5942
 Frau Frederking (GRÜNE) 5943, 5944
 Herr Daldrup (CDU) 5944, 5945

Beschluss 5945

Tagesordnungspunkt 8

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Ver-**sorgungswerk der Steuerberaterinnen und Steuerberater und zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt**

Gesetzentwurf Landesregierung
 - **Drs. 6/2922**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 6/3248**

(Erste Beratung in der 65. Sitzung des Landtages am 28.03.2014)

Herr Barthel (Berichterstatter) 5945
 Herr Knöchel (DIE LINKE) 5946
 Frau Niestädt (SPD) 5946
 Herr Meister (GRÜNE) 5947
 Herr Barthel (CDU) 5947

Beschluss 5947

Tagesordnungspunkt 18

Beratung

Stellungnahme zu den Ablehnungsgesuchen der Beschwerdeführerinnen zu den Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht - Landesverfassungsgerichtsverfahren LVG 67/10, 69/10, 71/10 (ADrs. 6/REV/120)

Beschlussempfehlung Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung
 - **Drs. 6/3247**

Beschluss 5948

Tagesordnungspunkt 19

Beratung

Personelle Umbesetzung des 14. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/3261**

Beschluss 5948

Beginn: 14.04 Uhr.

Präsident Herr Gürth:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren Mitglieder des Hohen Hauses und Gäste! Herzlich willkommen im technisch modernisierten Plenarsaal des Landtags von Sachsen-Anhalt.

Ich stelle hiermit die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest und eröffne die 70. Sitzung des Landtages der sechsten Wahlperiode.

Wir hatten hier vor einigen Tagen eine Generalprobe, nach der wir verkündet haben, dass der Beweis erbracht ist, dass die öffentliche Hand in Sachsen-Anhalt kostentreu und termingerecht ihre Arbeit abliefern kann. Auch in technischer Hinsicht wurde das Ergebnis erbracht, das angestrebt wurde. Die Generalprobe verlief gut. Heute haben wir nach dem Motto „live is live“ die Möglichkeit zu sehen, ob alles so funktioniert, wie es denn soll.

Wir haben in den zurückliegenden Monaten vielen einige Strapazen zugemutet. Ich danke den Fraktionen, ihren Mitarbeitern, den Mitarbeitern im Haus und allen damit Betrauten dafür, dass alles bei laufendem Betrieb hat stattfinden können. Ich will von dieser Stelle aus auch einen Dank hinter die Kulissen, an die Mitarbeiter in den Fraktionsgeschäftsstellen und hier im Haus schicken; deren Arbeit bekommen wir gar nicht so richtig mit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Von ihnen wurde selbstverständlich verlangt, dass die Arbeit genauso gut läuft wie zuvor. Man hatte einzupacken, auszupacken, umzupacken und alles neu einzurichten - aber dennoch musste alles funktionieren. Herzlichen Dank dafür, dass das so perfekt geklappt hat.

Ich möchte den Dank auch an den Personalrat weitergeben, der, selbst als eine Ausschreibung wiederholt werden musste, selbstverständlich alles unterstützt hat. Es ging bis dahin, dass Mitarbeiter in unrenovierten Büros hinter Kisten und Planen sitzend ihre Arbeit wieder aufnehmen mussten. Nunmehr ist das Ergebnis zu besichtigen.

Abschließend sei noch mitgeteilt: Ziel des Ganzen war, die bisherigen bekannten Störungen zu überwinden, eine technisch moderne Ausstattung zu bekommen, den Transparenzgesichtspunkten besser gerecht zu werden und im Hinblick auf die Barrierefreiheit ein Stück voranzukommen, sodass es erstmals nach 25 Jahren möglich ist, dass ein Abgeordneter mit einer körperlichen Beeinträchtigung, der etwa Gehhilfen benötigt, sein Mandat hier im Hause wahrnehmen kann. Dies wurde umgesetzt, ohne dass wir einen konkreten Fall haben.

Ich denke jedoch, das ist eine Mindestvoraussetzung, die wir schaffen mussten.

(Beifall im ganzen Hause)

Der Rest ist nachlesbar. Wir haben noch ein volles Programm.

Wir können auf der Besuchertribüne Gäste begrüßen. Die ersten Gäste heute im Hause sind Persönlichkeiten, auf die wir besonders stolz sein können. Es sind Landessieger des Wettbewerbs „Jugend forscht“ und Teilnehmer des Bundeswettbewerbs „Jugend forscht“, darunter auch ein Bundesieger. Wir haben bei dem Bundeswettbewerb genauso viele Projekte erfolgreich eingereicht wie Niedersachsen oder Hessen, Baden-Württemberg hatte nur eins mehr.

Dass wir als ein doch eher kleines Bundesland qualitativ so gut dastehen, haben wir auch den Lehrern und den Firmen, die das unterstützen, zu verdanken. Wir sind stolz auf die Lehrer und auf alle, die dies unterstützen, aber insbesondere auf die erfolgreichen Teilnehmer, die Schülerinnen und Schüler unsere Schulen. Willkommen hier im Hause!

(Beifall im ganzen Hause)

Wie das Leben so ist, liegen Freud und Leid dicht beieinander. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns hat die traurige Nachricht erreicht, dass am 26. Juni 2014 unser ehemaliger Kollege, das ehemalige Mitglied des Landtags Herr Egon Sommerfeld im Alter von 83 Jahren verstorben ist.

Herr Sommerfeld war Mitglied des Landtages der zweiten und dritten Wahlperiode. Er war somit einer der Abgeordneten in den Anfangsjahren nach der friedlichen Revolution. Zuvor hatte er als Landrat und auf kommunalpolitischer Ebene Verantwortung übernommen und somit am Aufbau des Landes mitgewirkt. Er gehörte der Fraktion der CDU an und war als Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie als Mitglied weiterer Ausschüsse tätig.

Ich darf Sie bitten, sich im Gedenken an den Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. - Ich danke Ihnen.

Für die vor uns liegenden Plenartage der 35. Sitzungsperiode hat sich von der Landesregierung Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff für Donnerstag ab 17 Uhr wegen der Teilnahme am offiziellen Empfang anlässlich des 60. Geburtstages von Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel entschuldigt. Weitere Entschuldigungen liegen uns nicht vor.

Die Tagesordnung für die 35. Sitzungsperiode des Landtages liegt Ihnen allen vor. Mir ist signalisiert worden, dass die Beratungsreihenfolge der Tagesordnungspunkte 5 und 23 getauscht werden soll,

sodass nunmehr von der Fraktion DIE LINKE der Tagesordnungspunkt 23 als Priorität gewählt und demzufolge am Donnerstag als dritter Beratungsgegenstand behandelt wird. Zu Tagesordnungspunkt 13 soll auf die vorgesehene Dreiminuten-debatte verzichtet werden.

Ich frage noch einmal, insbesondere mit Blick auf die parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer: Gibt es noch weitere Anmerkungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung? - Ich sehe Kopfschütteln. Das ist nicht der Fall. Dann können wir, wie vorgestellt die Tagesordnung zustimmend zur Kenntnis nehmen und danach arbeiten.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass am Donnerstag, den 17. Juli um 20 Uhr im Innenhof des Landtagsgebäudes der Parlamentarische Abend stattfindet. - Kollege Borgwardt.

Herr Borgwardt (CDU):

Eine kurze Frage. Hatten Sie jetzt gesagt, als dritter Beratungsgegenstand, oder habe ich das jetzt falsch verstanden? Weil es der vierte Tagesordnungspunkt wäre. Das ist damit getauscht, wenn ich die Mail richtig gelesen habe. Dann wäre das am Donnerstag der vierte Tagesordnungspunkt.

Präsident Herr Gürth:

Das ist der dritte Tagesordnungspunkt des Prioritätenblockes, aber es ist der vierte Tagesordnungspunkt.

(Herr Borgwardt, CDU: Danke!)

Das ist eine Insiderinformation für die parlamentarischen Geschäftsführer gewesen, aber alle anderen können dem folgen? - Vielen Dank, Herr Kollege Borgwardt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff zum Thema: „Sachsen-Anhalt in guter Verfassung - gemeinsam die Zukunft für unser Land gestalten“

Zunächst erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff das Wort.

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Herbst jährt sich zum 25. Mal das Jubiläum der friedlichen Revolution in der DDR. Wenn wir an diesem Wochenende den Sachsen-Anhalt-Tag in Wernigerode feiern, dann feiern wir auch eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Revolution: die Wiedergründung der Länder im Osten, die Wiedergründung unseres Landes Sachsen-Anhalt.

Und wir haben guten Grund zu feiern. Was wir seit damals für unser Land erreicht haben, kann sich sehen lassen. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wer, wie viele hier in diesem Hohen Haus, den Aufbau unseres Landes Sachsen-Anhalt von Anfang an begleitet und mitgestaltet hat, der weiß, dass wir es nicht so einfach hatten wie andere Bundesländer. Es mussten Entscheidungen getroffen werden, die nicht überall Beifall fanden. Die Umwälzung der Wirtschaft hat uns tief getroffen, aber inzwischen ist unsere Wirtschaft modern und wettbewerbsfähig. Die Arbeitslosigkeit geht spürbar zurück. Junge Menschen haben hier eine gute Zukunft vor sich. Ich denke aber auch an die heftig umstrittenen Gebietsreformen. Heute wird auch vor Ort erkannt, dass es bei uns nicht mehr 37 Landkreise und hunderte von selbständigen Gemeinden geben kann.

Wie in der Wirtschaft und bei den Kommunalstrukturen haben wir unser Land auch in anderen Bereichen zukunftssicher gemacht. Das ist das große Verdienst der Abgeordneten des Landtages und aller Landesregierungen seit 1990.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Fundament, auf dem diese Landesregierung in der nunmehr sechsten Legislaturperiode aufbauen konnte. Dafür bin ich sehr dankbar.

Trotz der Diskussionen in Detailfragen hat uns alle in Sachsen-Anhalt immer der feste Wille geeint, zum Besten für unser Land zu wirken und unsere Heimat voranzubringen. Das war bei einem Land, das sich erst finden musste und auch sonst extremste Startbedingungen hatte, ungleich schwieriger als bei unseren Nachbarn.

Vor einem Jahr habe ich in meiner Regierungserklärung zur Einbringung des Haushaltsplanes Folgendes gesagt: „Sparanstrengungen heute und die dafür erforderlichen Anpassungen unserer Strukturen schaffen uns Luft zum Atmen, die wir brauchen, um auch künftig investieren und gestalten zu können.“ So ist es gekommen. Jetzt fahren wir die Rendite ein. Unser Konsolidierungskurs zahlt sich aus.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben in dieser Legislaturperiode jeden Haushaltsplan ohne Neuverschuldung aufstellen können, sind in die Tilgung eingestiegen und haben Vorsorge für schlechtere Zeiten getroffen. Und was wohl das Wichtigste ist: Wir haben Handlungsspielräume für die Zukunft eröffnet.

Unsere Schulen sind ein gutes Beispiel dafür, dass wir kräftig investieren, eben auch in die Bildung. Das wird ein zentrales Merkmal unserer künftigen

Regierungsarbeit sein. Investieren dort, wo die größten Effekte zu erwarten sind, wo wir unser Sachsen-Anhalt zukunftsfähig machen können. Qualität, statt Quantität. Verbesserung der Standortbedingungen, mehr Exzellenz, mehr Innovationen, mehr Profilbildung, ob bei Schulen und Hochschulen oder in Wirtschaft und Kultur.

Das Stark-III-Programm ist zum Beispiel einzigartig in Deutschland und Europa. Bisher haben wir die energetische Sanierung sowie die IT-Anbindung von 107 bestandsfähigen Schulen und Kindertagesstätten mit über 150 Millionen € gefördert. Damit haben wir den Kommunen als unseren Schulträgern eine große Last von den Schultern genommen. Das war nicht selbstverständlich.

Und wir werden das Programm fortführen. Es ist eine Investition für unsere Kinder und unsere Jugendlichen und damit eine Investition in die Zukunft unseres Landes Sachsen-Anhalt. Denn gut ausgebildete Jugendliche, das sind die Facharbeiter, Ingenieure und Ärzte von morgen.

Deshalb werden wir auch die Zahl derjenigen verringern, die die Schule ohne gültigen Abschluss verlassen. Mit Programmen wie „Schulerfolg sichern“ investieren wir in die Schulsozialarbeit. Und wir werden von diesem Jahr an jährlich 150 Lehrkräfte an den Schulen zusätzlich einstellen. Mit 370 Neueinstellungen jährlich, ab 2017 sogar 420 haben wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den finanziellen Möglichkeiten unseres Landeshaushaltes und den Bedarfen in unseren Schulen gefunden.

Erste Erfolge haben sich bereits gezeigt. Die Quote der Schulabbrecher, die 2010 noch bei 12,6 % lag, ist im letzten Jahr auf 9,7 % gesunken. Wir setzen unsere Anstrengungen fort, diese Quote weiter zu senken. Wir wollen auch in der schulischen Ganztagsbetreuung besser werden.

Angesichts aktueller Studien ist allerdings anzumerken, dass bei uns auch die Horte eine Ganztagsbetreuung sichern. Nur weil manch einer damit nichts anzufangen weiß, muss man sie ja nicht unter den Tisch fallen lassen. Rechnen wir die Horte dazu, sind wir in der Ganztagsbetreuung, zumindest bei den unteren Klassen, schon jetzt gar nicht so schlecht aufgestellt.

Und letztlich macht die Ganztagschule nur Sinn, wenn sie mehr ist als bloße Betreuung, sondern adäquate Bildungsangebote vorhält. Darum wollen wir vor allem die Qualität der Ganztagschulen ausbauen. Auch hier gilt der Grundsatz: Qualität vor Quantität.

Eine hohe Qualität unserer Schulen ist ein wichtiger Standortfaktor, nicht nur um selbst Fachkräfte heranzuziehen. Wir werben mehr und mehr Fachkräfte auch im Ausland an. Kürzlich habe ich zwei innovative Unternehmen besucht: den Spezialisten

für Schaltanlagen FEAG in Sangerhausen und den Internet-Großhändler Mercateo in Köthen.

Dort sind bereits jetzt zahlreiche Spezialisten aus dem Ausland tätig. Ausländische Fachkräfte haben natürlich auch Familien und Kinder. Ein hervorragendes Schulsystem mit Schulen, die international ausgerichtet sind, macht unser Land für solche Fachkräfte interessant. Darum ist auch hier Profilierung wichtig; erste Erfolge können wir aufzeigen.

Bezüglich der Weiterentwicklung des Schulnetzes, für die es mehrere Möglichkeiten gibt, können wir die Augen selbstverständlich nicht vor der Demografie verschließen. Sachsen-Anhalt hatte im Jahr 1990 2,8 Millionen Einwohner. Wenn man den Prognosen glauben darf, werden es im Jahr 2025 rund zwei Millionen sein. Selbst wenn es deutliche Anzeichen dafür gibt, dass der Rückgang geringer ausfällt als erwartet, so vollzieht sich hier doch ein Wandel, der Anpassungsschritte auch künftig notwendig machen wird. Dieser Aufgabe haben wir uns bisher gestellt und das werden wir auch weiterhin tun.

Im Jahr 2011 haben wir die Demografie-Allianz ins Leben gerufen. Damit gewährleisten wir Partizipation, aber auch Bürgerbeteiligung. Denn Bürgerbeteiligung gehört für mich zu den Grundprinzipien unserer Politik. Der Allianz gehören derzeit 71 Partner aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen an. Mit dem Demografie-Preis würdigen wir Projekte, die zeigen, wie der demografische Wandel konstruktiv gestaltet werden kann und auch im kommunalen Bereich Wirkung entfaltet. Zehn Städte und Gemeinden wurden bei der Aufstellung von „Integrierten gemeindlichen Entwicklungskonzepten“ unterstützt, die Potenziale und Interessen in einer Region bündeln und langfristig entsprechende Ergebnisse erzielen sollen.

Im Frühjahr 2015 wird es eine Demografie-Woche geben, die umfassend über das Thema demografischer Wandel informiert und berät. Darüber hinaus planen wir eine Akademie „Netzwerk Stadt/Land“ einzurichten, die die Akteure vor Ort berät. Da sich demografische Veränderungen europaweit vollziehen, arbeiten wir auch mit europäischen Partnern zusammen.

Neben der Entwicklung von Strukturen und Programmen zur Gestaltung des demografischen Wandels unternehmen wir konkrete Schritte, mit denen zum Beispiel die Entwicklung im ländlichen Raum gefördert wird. Ein ganz wichtiges Instrument ist dabei der Breitbandausbau in bisher unversorgten Gebieten. Nachdem wir in den letzten Jahren die flächendeckende Grundversorgung mit Internetzugängen gefördert haben, werden wir den Ausbau weiter forcieren.

Bis 2020 soll es in Sachsen-Anhalt flächendeckend schnelles Internet mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde geben. Dafür stellen wir 120 Millionen €

an Fördermitteln zur Verfügung. Mit dem kommunalen Eigenanteil stehen für den Ausbau schneller Breitbandverbindungen somit 150 Millionen € bereit. Wenn wir mit dem Bund eine Verständigung über die Versteigerung von Frequenzen erzielt haben, werden wir weitere Mittel einsetzen können, ohne den Landeshaushalt über Gebühr zu belasten.

Ich bin mir sicher, dass dies gut angelegtes Geld ist. Im Informationszeitalter sind schnelle Internetverbindungen mindestens so wichtig wie gut ausgebauten Straßen- und Schienennetze. Das gilt für Firmen im ländlichen Raum wie für innovative Köpfe aus dem IT-Bereich, die hier Standortalternativen vorfinden.

Gestern erhielt ich einen Brief von Herrn Höttges, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom. Wir sprachen vor einigen Tagen in Bielefeld miteinander. Er unterbreitet nun Vorschläge, wie wir in Sachsen-Anhalt weiter zusammenarbeiten können. Sachsen-Anhalt soll im World Wide Web zu Hause sein - und das auf der Überholspur.

Auch in der Wirtschaftsförderung gilt das Prinzip „Qualität geht vor Quantität“. Wir können nicht jeden Ansiedlungswunsch fördern. Wir werden aber weiterhin Investitionen unterstützen, die innovativ sind, die Exzellenz ins Land bringen und die qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

Das gilt zum Beispiel für den Bereich der regenerativen Energien. Hier haben wir gelernt - in der Solarbranche auch erlebt -, was es bedeutet, Arbeitsplätze, die man mühsam aufgebaut hat, in Gefahr geraten und verloren gehen zu sehen. Deshalb bin ich froh, dass es uns in gemeinsamer Anstrengung gelungen ist, mit Hanwha einen Investor für Q-Cells zu finden. So können wichtige Arbeitsplätze in der Region, im Raum Bitterfeld-Wolfen, Thalheim erhalten bleiben. Im Herbst werde ich mit einer Delegation erneut nach Südkorea reisen, um die Wirtschaftskontakte weiter zu stärken.

In anderen Branchen hat es eine sehr positive Entwicklung gegeben. Davon zeugen Erweiterungsinvestitionen wie bei ThyssenKrupp in Ilsenburg oder Novelis in Nachterstedt oder die Neuan-siedlungen von IBM und T-Systems. Gerade Investitionen wie die in Bielefeld zeigen: Mit uns in Sachsen-Anhalt muss man wieder rechnen, und diese Landesregierung wird dafür sorgen, dass das so bleibt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank und von Frau Budde, SPD)

Auch angesichts der sehr erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt vergessen wir nicht, dass es immer noch eine zu hohe Zahl von Arbeitslosen gibt, vor allen Dingen von Langzeitarbeitslosen. Unser Ziel ist es, in dieser Legislaturperiode die

Arbeitslosenquote dauerhaft auf unter 10 % im Jahresdurchschnitt zu senken. Dem sind wir schon recht nahe gekommen, aber ein Stück Arbeit liegt noch vor uns.

Unser Augenmerk liegt vor allen Dingen deshalb auf den Langzeitarbeitslosen, weil diese am schwersten in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. So orientiert sich unsere arbeitsmarktpolitische Gesamtkonzeption nicht nur auf die Gewinnung und Bindung von Fachkräften. Ein zweites wichtiges Ziel ist es, überall dort gegenzusteuern, wo die Gefahr besteht, dass Menschen vom Arbeitsmarkt dauerhaft abgekoppelt werden. Dem dient zum Beispiel das Programm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, das sich insbesondere an Alleinerziehende und junge Familien mit Kindern richtet. Mit dem Programm „Weiterbildung direkt fördern“ wollen wir unabhängig vom Arbeitgeber bis zu 90 % fördern und die Kosten der Teilnahme an den Weiterbildungskursen übernehmen.

Darüber hinaus sind wir mit dem Bund in Verhandlungen über ein spezielles Programm für Langzeitarbeitslose. Wir sind uns darüber vor einer Woche im Kreis der ostdeutschen Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin im Grundsatz einig geworden.

Eine hohe Beschäftigungsquote und gesicherte, qualifizierte Arbeit bieten nur innovative Unternehmen, und darauf zielt die regionale Innovationsstrategie des Landes. Gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen sollen Innovationspotenziale geweckt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die bessere internationale Vernetzung. Beide Ziele werden in neue Richtlinien zur Investitionsförderung sowie ein neues Außenwirtschaftskonzept eingehen, die noch in diesem Jahr vorliegen werden.

Schon jetzt sind einige unserer Firmen Weltspitze. Der Pumpenbauer KSB aus Halle hat zum Beispiel die Wassertransportpumpen für das höchste Gebäude der Welt, das Burj Khalifa in Dubai, geliefert. Schubert-Helme aus Magdeburg produziert hochmoderne Karbonhelme, unter anderem für die Formel-1-Piloten. Im 3D-Effekt der neuen fälschungssicheren 10-Euro-Scheine findet das sich das Know-how des Folienwerkes in Wolfen; wer weiß das schon im Land?

Unser Ziel ist es, dass es noch mehr solcher innovativen Unternehmen im Land gibt. Sachsen-Anhalt war ein Land der Innovationen, Sachsen-Anhalt ist auch heute ein Land der Innovationen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Die Entwicklung der Innovationskultur in unserem Land Sachsen-Anhalt fordert auch die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

gen heraus. Hier haben allein im letzten Jahr mit dem Fraunhofer-Center für Silizium-Photovoltaik und dem Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie zwei neue Einrichtungen ihre Arbeit aufgenommen. Sie sind Teil einer reichen und reicher gewordenen Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt. Ob nun am Leibniz-Institut für Neurobiologie oder dem Fraunhofer-Institut für Fabrikbetrieb und -automatisierung in Magdeburg, ob am Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben oder den Instituten in Halle: Überall wird Hervorragendes geleistet. Unsere Heimat ist inzwischen ein starker Forschungsstandort im Herzen Deutschlands geworden.

(Beifall bei der CDU - Herr Kurze, CDU: Richtig!)

Natürlich kennen wir auch unsere Aufgaben. Bei den Hochschulen müssen wir zu einer stärkeren Profil- und Schwerpunktbildung kommen. Damit sie im internationalen Wettbewerb sichtbar werden, müssen wir uns hier gemeinsam auf wesentliche Projekte konzentrieren.

Hierzu hat das Wissenschaftsministerium ein Konzept vorgelegt, das nun gemeinsam mit Leben erfüllt werden soll. Ziel ist eine leistungsfähige Hochschullandschaft, die ebenso attraktiv für Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter ist wie für die Studenten und die Studienplatzsuchenden. Deswegen brauchen wir zugeschnittene, auch für unsere Wirtschaft interessante Forschungs- bzw. Ausbildungsangebote. Das gelingt nicht, wenn wir nur in der Breite wachsen und versuchen, überall irgendwo im Mittelfeld mitzuschwimmen. Auch wir müssen unsere Stärken entdecken und gezielt weiter ausbauen, denn alle anderen schlafen auch nicht.

Schon jetzt sind unsere Hochschulen in bestimmten Bereichen Spitze in Europa, zum Beispiel der gemeinsame Medizintechnik-Forschungscampus der Otto-von-Guericke-Universität und von Siemens Healthcare. Bund und Land fördern hier fünf Jahre verlässlich die Erforschung bildgestützter minimalinvasiver Werkzeuge und Therapien. Aus solchen Projekten entsteht Zukunft für unser Land Sachsen-Anhalt. Darum brauchen wir mehr davon. Voraussetzung dafür sind attraktive Standortbedingungen.

Dazu gehört eine verbesserte Willkommenskultur. So wollen wir zuzugswillige Familien mit einem eigenen Förderimpuls helfen, sich für Sachsen-Anhalt zu entscheiden. Wir sind zum einen auf den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland angewiesen, andererseits müssen wir junge Menschen zum Hierbleiben ermuntern oder zur Rückkehr in ihre Heimat.

(Zustimmung von Herrn Weigelt, CDU)

Auch bei uns gibt es inzwischen attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze für Hochqualifizierte. Das spiegelt sich zunehmend in der Pendlerstatistik wieder. Die Schere zwischen Aus- und Einpendlern beginnt sich zu schließen. Und wir müssen noch mehr mit unseren Pfründen wuchern, zum Beispiel mit der hervorragenden Kinderbetreuung. Mit der Novellierung des Kinderförderungsgesetzes hat nun wieder jedes Kind einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Aber nicht nur das, entscheidend ist, dass wir eine schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels festgeschrieben haben. Uns geht es dabei um eine bestmögliche Förderung der Kinder. So können schon im Kindergarten die Grundlagen für den späteren Erfolg in der Schule gelegt werden.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Attraktiv ist unser Land Sachsen-Anhalt auch wegen seiner reichen Kulturlandschaft. In den letzten Monaten wurde bei uns intensiv über die Förderung unserer kommunalen Theaterlandschaft diskutiert. Das ist ein wichtiger Teil der Kultur. Aber es gibt in unserem Land weit mehr kulturelle Angebote, die auch auf Unterstützung angewiesen sind. Das war neu auszutastieren, und schauen wir in den aktuellen Haushalt, dann stellen wir fest, die Mittel für Kultur wurden gegenüber dem Vorjahr erhöht.

(Herr Kurze, CDU: Hört, hört!)

Die Verträge mit den Theatern und Orchestern im Land sind inzwischen unter Dach und Fach. Die noch ausstehende Vertragsunterzeichnung für das Theater Halle wird in wenigen Tagen erfolgen. Die Verträge sichern die Finanzierung verlässlich bis 2018, und erstmals wurde die Laufzeit der Förderung auf fünf Jahre ausgedehnt. Es wird eine Dynamisierung geben. Insgesamt wird das Land den Theatern und Orchestern in Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren knapp 165 Millionen € zur Verfügung stellen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD
- Zuruf von Herrn Knöchel, DIE LINKE)

- 165 Millionen €. Das ist viel Geld.

Wichtig ist, dass die Landesförderung vor Ort zur Profilierung genutzt wird, dass Stärken erkannt und ausgebaut werden. Ein Theater, über das man spricht, eine Aufführung, die auch überregional Aufmerksamkeit erregt, sind die beste Standortgarantie und natürlich auch für die Auslastung und für das Einspielergebnis förderlich. Hier haben wir im Ländervergleich durchaus noch viel Potenzial.

Wenn wir den Blick in die Zukunft richten, so finden wir in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts einige Höhepunkte, die uns Möglichkeiten bieten, unser Sachsen-Anhalt überregional ins rechte

Licht zu setzen. Diese Chance werden wir nutzen.

Das beginnt mit der Bundesgartenschau im kommenden Jahr, denn dabei ist Havelberg einer von fünf Standorten. Das Land hat das Projekt nach besten Kräften unterstützt, zum Beispiel mit Investitionen in die Infrastruktur. Ich bin mir sicher, dass die Buga in Havelberg ein Erfolg wird und die Stadt ein Aushängeschild für Sachsen-Anhalt.

Ein besonderer Höhepunkt ist das Reformationsjubiläum. Wer die Luther-Gedenkstätten in unserem Land besucht, dem fällt schon jetzt auf, dass bereits viel geschehen ist. So erstrahlen zum Beispiel das Elternhaus Luthers in Mansfeld, das Sterbehaus in Eisleben und das Melanchthon-Haus in Wittenberg in neuem Glanz. An Schloss sowie Stadt- und Schlosskirche und dem Augusteum in Wittenberg wird gearbeitet, und wir investieren auch in die touristische Infrastruktur im Umfeld, zum Beispiel die zentralen Besucherempfangsbauten.

Jetzt wird es darauf ankommen, unser Sachsen-Anhalt als Luthers Land im Bewusstsein der deutschen wie der nationalen Öffentlichkeit so zu verankern, dass es nachhaltig wirkt.

Da ist schließlich das Bauhaus Jubiläum 2019 durchaus keine Ergänzung, sondern ein weiterer, ganz wesentlicher Schwerpunkt. Erst kürzlich konnten wieder errichtete Meisterhäuser der Öffentlichkeit übergeben werden. Das Land Sachsen-Anhalt bekennt sich zum großen Jubiläum und wird es nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Für ein Bauhaus-Museum werden wir einen namhaften Betrag zur Verfügung stellen, wenn sich der Bund in gleicher Weise beteiligt.

Darüber hinaus gibt es in den kommenden Jahren weitere Jubiläen, die geeignet sind, Landesidentität zu schaffen und zu vertiefen. Ich denke da nur an das Cranach-Jahr 2015, das Bismarck-Jubiläum ebenfalls im kommenden Jahr und das Winkelman-Jubiläum im Jahr 2017. Dieses Thema ist in der Plenarsitzung noch auf der Tagesordnung.

Die beiden Letztgenannten sind nicht nur für die Altmark wichtig. Für alle diese Anlässe gilt: Sie leben nicht nur von der Unterstützung, die die Landesregierung gibt, sondern vor allem vom ehrenamtlichen Engagement vor Ort.

Sachsen-Anhalt ist aber auch unabhängig von diesem Jubiläum eine Reise wert. Zwischen Arendsee und Zeitz gibt es eine Fülle lohnenswerter Ziele für Touristen. Da sind Touristenstraßen wie die Straße der Romanik oder der Elbradwanderweg.

Der Elbradwanderweg ist nach wie vor Deutschlands beliebtester Radwanderweg.

Da sind gewachsene touristische Zentren wie der Harz. Da sind aber auch Regionen, die wir in den letzten Jahren erst touristisch erschlossen haben, wie zum Beispiel die Goitzsche bei Bitterfeld. Gerade der Wandel an diesem Beispiel zeigt, dass sich in den letzten beiden Jahrzehnten in unserem Land viel Positives vollzogen hat und dieses inzwischen auch deutlich sichtbar ist.

(Zustimmung von Frau Take, CDU)

Dass der Reiz Sachsen-Anhalts inzwischen auch international wahrgenommen wird, spiegelt sich in der Film- und Medienbranche wieder. Burgen, Schlösser, mittelalterliche Stadtkerne, der historische Schatz unseres Landes wird zunehmend als Drehkulisse entdeckt. Denken wir nur an die Produktion von „Monuments Men“ mit George Clooney im letzten Jahr im Harz. Hierbei zeigen aber auch die Fördermittel und die Darlehen der Investitionsbank Wirkung und natürlich unsere Marketingmaßnahmen. Einen Flyer, der Gäste an reizvolle Drehorte lockt, haben wir bereits aufgelegt. Ein Konzept zur intensiveren Vermarktung des Filmlandes ist in Vorbereitung.

Sachsen-Anhalt ist nicht Hollywood. Das wissen wir. Aber auch wir haben mittlerweile den Dreh raus. Auf jeden Fall sind wir vorzeigbar geworden; das ist keine Frage.

(Beifall bei der CDU)

Das wirkt sich auch im Land selber aus. Das Selbstbewusstsein und der Stolz auf die Region wachsen. Wenn ich in Sachsen-Anhalt unterwegs bin und mit den Menschen ins Gespräch komme, dann spüre ich, wie intensiv sie sich für den Heimatort einsetzen. Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement könnte unser Land nicht existieren. Ohne dieses Engagement gäbe es auch ein Landesfest nicht, wie wir es an diesem Wochenende feiern. Darum gilt mein Dank all den Menschen, die sich für ihre Heimat stark machen, denn sie machen auch unser Land Sachsen-Anhalt stark.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Der Stolz auf unsere Heimat soll bei uns in Sachsen-Anhalt aber immer auch verbunden sein mit Weltoffenheit und Toleranz. In Sachsen-Anhalt wurde Weltgeschichte geschrieben, und Menschen aus aller Welt sind bei uns willkommen, ob als Touristen oder aber als Fachkräfte in unseren Unternehmen. Auch diejenigen, die vor Verfolgung und Unterdrückung in anderen Ländern fliehen, dürfen auf unsere Hilfe zählen. Deshalb hat die Landesregierung Projekte für ein weltoffenes,

demokratisches Sachsen-Anhalt gefördert und sie wird dies auch weiter tun.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Als Land im Herzen Europas wissen wir, dass wir nur in und mit Europa stark sind. Deshalb pflegen wir Kontakte mit unseren Partnerregionen in Centre und Masowien. Deshalb suchen wir die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern. Ich denke hierbei nur an die spanische Region Valencia. Erste Fachkräfte aus Spanien konnten so für Unternehmen in unserem Land gewonnen werden. Wir wollen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. Wir wollen ein starkes Sachsen-Anhalt in einem starken Europa.

Ich habe von Veränderungen gesprochen, von der Notwendigkeit der Profilbildung und dem Grundsatz Qualität geht vor Quantität. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass sich die Landesverwaltung davon ausnimmt. Im Gegenteil, wir arbeiten kontinuierlich daran, wie Verwaltungshandeln noch besser und effektiver werden kann und wie auch das Land durch Veränderung seiner Strukturen wirtschaftlicher und sparsamer arbeiten kann.

So haben wir die Strafvollzugsreform auf den Weg gebracht. Der Strafvollzug in Sachsen-Anhalt soll künftig nur noch auf die Standorte Burg, Halle und Raßnitz konzentriert werden. Ziel ist hier nicht nur ein effizienterer Personaleinsatz, sondern vor allem eine bessere Resozialisierung durch eine verlässlichere Betreuung.

(Herr Herbst, GRÜNE: Sieht das die Fraktion auch so?)

Dem dienen auch das Landesstrafvollzugsgesetz und das Rahmenkonzept zur inhaltlichen Gestaltung des Justizvollzugs, das gegenwärtig diskutiert wird. Wir wollen den Entwurf des Landesstrafvollzugsgesetzes noch in diesem Jahr in den Landtag einbringen.

(Zustimmung von Ministerin Frau Prof. Dr. Kolb)

Ein aktuelles Beispiel ist die Organisationsfortentwicklung der Polizei. Auch damit reagieren wir auf die veränderten Rahmenbedingungen, um weiterhin die Erfüllung aller Aufgaben der Polizei in hoher Qualität zu sichern. Dem dient die bereits zum 1. Juli 2014 begonnene Einführung der Regionalbereichsbeamten. Sie werden zu mehr Bürgernähe führen und dazu beitragen, dass verlässliche Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger wie für die kommunalen Entscheidungsträger vorhanden sind.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht - Herr Kurze, CDU: Richtig!)

Zugleich erhöhen wir die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei. Bereits in diesem Herbst nehmen 50 Polizeianwärter zusätzlich ihre Ausbildung auf. Somit können ab dem Jahr 2017 jährlich 200 Polizeivollzugsbeamte neu eingestellt werden. Das sind 50 Personen mehr als bislang vorgesehen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Stahlknecht)

Lassen Sie mich noch an das Landesentwicklungsgesetz erinnern, das sich inzwischen in der parlamentarischen Diskussion befindet. Mit diesem reduzieren wir in diesem Bereich die Verwaltungsebenen von vier auf drei. Zudem werden Doppelregelungen im Verhältnis zum Raumordnungsgesetz des Bundes entfernt und Schnittstellen zwischen Bundes- und Landesgesetzgebung klarer formuliert.

Nicht zu vergessen ist: In diesem und in den kommenden Jahren investieren wir kräftig in die Landesimmobilien. Damit bauen wir den Investitionsstau der letzten Jahre ab. So werden unter anderem die Zahnklinik in Halle, das Herzzentrum und das Landgericht in Magdeburg sowie das Landesamt für Vermessung und Geologie in Halle modernisiert bzw. neu gebaut. Das werden Investitionen mit Rendite sein. Indem auch in die energetische Sanierung investiert wird, sparen wir langfristig Energiekosten.

Wenn wir über die Erfolge beim Aufbau unseres Landes in den vergangenen beiden Jahrzehnten sprechen, dürfen wir nicht vergessen, welchen großen Beitrag dazu die EU-Förderung geleistet hat. Gegenwärtig erleben wir den Start der neuen Förderperiode bis 2020. Dank unserer erfolgreichen Verhandlungsführung gegenüber dem Bund und der EU werden wir wesentlich mehr Mittel aus den verschiedenen EU-Fonds erhalten als zunächst erwartet, nämlich rund 2,86 Milliarden €. Das sind 64 % der Fördersumme aus der letzten Strukturfondsperiode. Damit können wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, gut leben.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Jetzt kommt es darauf an, diese Mittel mit den regionalen Partnern und den regionalen Möglichkeiten so effizient wie möglich einzusetzen. Wir streben daher eine Konzentration der Fördermittel in den Bereichen an, die einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltigem Wachstum und Innovation leisten und die Beschäftigung fördern.

Wir werden den ESF stärker auf die Beseitigung des Fachkräftemangels konzentrieren und versuchen, den Fachkräftebedarf noch besser abzudecken. Bei der Förderung der sozialen Inklusion werden wir auf integrierte, zwischen den Akteuren vor Ort abgestimmte Maßnahmen setzen.

In der vergangenen Förderperiode konnten für EU-Förderprogramme außerhalb der EU-Strukturfonds rund 110 Millionen € eingeworben werden. Künftig wollen wir diese Programme noch intensiver nutzen. Dafür haben wir das Beratungs- und Unterstützungsangebot für Projektträger ausgebaut. Den Landtag werden wir weiterhin jährlich über den erreichten Stand unterrichten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist genau ein Jahr her, dass uns das schwere Juni-Hochwasser und seine Auswirkungen in Atem hielten. Gestatten Sie mir an dieser Stelle daher noch ein paar Worte zum Stand der Bewältigung der Flutfolgen und zu den Konsequenzen, die wir aus der Flut gezogen haben.

Bei den privaten Wohnungseigentümern wurden inzwischen mehr als 75 % aller Anträge nach der „Richtlinie Hochwasserschäden“ bearbeitet. Im Bereich der Wirtschaft liegt der Anteil noch höher. Bei der kommunalen Infrastruktur dauert die Bearbeitung aufgrund notwendiger Planungsarbeiten etwas länger. Hierbei wurde rund ein Drittel aller Anträge bearbeitet. Insgesamt sind mehr als 60 % der Anträge abgearbeitet worden, und mehr als 350 Millionen € Fluthilfen wurden bewilligt. Damit liegt das Land Sachsen-Anhalt im Ländervergleich deutlich vorn.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Im Land haben wir die Anstrengungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz noch einmal verstärkt. Immerhin sind in den letzten zehn Jahren mehr als 500 Millionen € in den Hochwasserschutz investiert worden. Über die Hälfte der Deiche sind inzwischen DIN-gerecht ausgebaut. Seit der Flut vom letzten Jahr sind 40 Millionen € in die Reparatur zerstörter Schutzanlagen und weitere Hochwasserschutzmaßnahmen geflossen.

Für wichtige Großvorhaben liegen inzwischen die Baugenehmigungen vor. Das betrifft den Flutungspolder Rösa, das Hochwasserrückhaltebecken Wippa, die Deichrückverlegungen in Sandau-Nord sowie Schutzmaßnahmen an Elster und Jeßnitz-West. Die Behauptung, wir würden nur Deiche bauen und andere Schutzmaßnahmen vernachlässigen, wird durch ständige Wiederholung nicht wahrer.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Derzeit erarbeitet das Umweltministerium ein Papier mit Vorschlägen, wie Hochwasserschutzmaßnahmen schneller umgesetzt werden können. Bis zum Jahr 2020 wollen wir alle Deiche DIN-gerecht ausgebaut haben. Zudem haben wir in die EFRE-Programmierung ein kommunales Hochwasserschutzprogramm aufgenommen, das die Kommu-

nen bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen unterstützen soll. Bei allen Gesprächen, die ich mit kommunalen Vertretern führe, wird dieses Programm dankbar erwartet.

Gemeinsam mit dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft haben wir erneut eine Informationskampagne gestartet, um für ausreichenden Versicherungsschutz zu werben; denn Selbsthilfe sollte immer und überall Vorrang vor staatlichen Leistungen haben. Ein entsprechender Flyer mit allen wichtigen Informationen ist ab sofort bei den Verbraucherzentralen, im Netz, aber auch bei den Landkreisen erhältlich. Jeder Bürger und jedes Unternehmen sollte für einen ausreichenden Versicherungsschutz sorgen. Eine derart umfangreiche Hilfe des Bundes wie im letzten Jahr wird es meiner Meinung nach wohl künftig nicht mehr geben.

Hilfe haben vor einem Jahr aber nicht nur der Bund und die anderen Bundesländer geleistet, beeindruckend war vor allem die Hilfe der Menschen in unserem Land untereinander. Diese Hilfe wird immer noch zwischenmenschlich geleistet. Die Flut war eine Bewährungsprobe für den Gemeinsinn in Sachsen-Anhalt, und wir haben diese Bewährungsprobe mit Bravour bestanden.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Wenn wir uns mit dem gleichen Elan für die Zukunft unserer Heimat engagieren, dann ist mir um unser Land Sachsen-Anhalt nicht bange.

(Zustimmung von Herrn Zimmer, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die schweren Jahre des Umbaus in Sachsen-Anhalt neigen sich ihrem Ende entgegen. Die Arbeitslosenzahlen sinken. Die Stimmung in der Wirtschaft ist gut. Unsere Unternehmen entwickeln sich weiter und können sich zunehmend auf den internationalen Märkten behaupten. Wir investieren in Bildung und Wissenschaft. Das Fundament für die Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts ist sicher.

Unser Land muss und wird künftig zunehmend auf eigenen Beinen stehen. Dies wird uns umso besser gelingen, je mehr wir unsere Stärken entwickeln, Innovationen fördern, Qualität sichern und dort investieren, wo die größten Effekte zu erzielen sind. Das ist der Schlüssel zum Erfolg. Das ist auch die Leitlinie der Politik der Landesregierung. Ich lade Sie und alle Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts ein, daran mitzuwirken. Sachsen-Anhalt, unsere Heimat, hat eine gute Zukunft, und diese Zukunft liegt in unseren eigenen Händen. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die Abgabe der Regierungserklärung. - Wir treten nunmehr ein in **Tagesordnungspunkt 1 b**:

Aussprache zur Regierungserklärung

Im Ältestenrat wurde hierfür die Redezeitstruktur E, also eine 90-minütige Debatte, vereinbart. Als Erster spricht für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute sind wir zur Regierungserklärung zum ersten Mal seit langer Zeit wieder in unserer alten Wirkungsstätte. Ich sage ausdrücklich, Herr Präsident: Es ist schön, wieder hier zu sein. Die Tische sind ein bisschen kleiner, aber alles andere ist besser.

Allerdings wunderten wir uns schon, was dieser erste Tagesordnungspunkt, die Regierungserklärung, darstellen soll. Sowohl der Titel der Regierungserklärung als auch die Rede des Kollegen Ministerpräsidenten lassen sich in einem Satz kurz zusammenfassen: Sachsen-Anhalt - hier ist alles super.

Mein kleiner Sohn schleppte mich vor drei bis vier Wochen ins Kino, um den Film „Lego Movie“ zu schauen. Dort rieselte permanent das Lied „Hier ist alles super, denn du bist nicht allein“ auf alle nieder, um sie einigermaßen einzunorden. Ich mache hier nicht die Frau Nahles und singe das Lied nicht.

(Oh! bei der CDU - Herr Miesterfeldt, SPD: Singen, singen!)

- Das kam zu spät; das tut mir leid. Ich werde das trotzdem nicht tun; denn ich glaube, diese Einschätzung ist grundlegend falsch.

(Herr Kurze, CDU: Was?)

Das ist der zentrale Grund, weshalb ich das Lied hier nicht singen werde.

Herr Ministerpräsident, normalerweise kann man eine solche Rede halten, wenn man sich am Ende seiner Amtszeit zurücklehnt und sagt, alles, was ich mir vorgenommen habe, habe ich super auf die Reihe bekommen; jetzt sind alle Aufgaben erfüllt und nun kann der Nächste kommen.

Das allein wird wohl nicht der Grund sein; denn wir gehen alle davon aus, dass diese Legislaturperiode noch knapp zwei Jahre dauern wird. Insofern kam diese Endrede einer Amtszeit etwas zu früh.

Nächstes Motiv: Haben wir denn im letzten Jahr eine so super Entwicklung hingelegt, dass man jetzt auf einmal sagen könnte, das goldene Zeit-

alter sei angebrochen und das Paradies auf Erden breche in Sachsen-Anhalt aus? - Ich habe mir heute Morgen einige wirtschaftliche Daten angeschaut, wie sich Sachsen-Anhalt in der Realität, also nicht durch die rosarote Brille der Landesregierung betrachtet, entwickelt hat.

Für mich stellten sich die Dinge auf einmal schlagartig anders dar. Das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt: minus 1,2 %, in den ostdeutschen Flächenländern: 0,0 %. - Gut, es gab die Flut. Nicht nur wir, sondern auch andere hatten die Flut und schlechtes Wetter. Aber bei uns ist natürlich ausdrücklich die Flut dafür verantwortlich, dass sich das Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr am schlechtesten entwickelt hat.

Es gibt ein einziges Land in Ostdeutschland, das im letzten Jahr weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse hatte als im Jahr zuvor, und zwar Sachsen-Anhalt. In den ostdeutschen Flächenländern stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 0,4 %. In Sachsen-Anhalt war ein Rückgang um 0,2 % zu verzeichnen.

Beim Durchschnittseinkommen je Arbeitnehmer hat sich der Abstand zwischen Sachsen-Anhalt auf der einen Seite und den ostdeutschen Ländern auf der anderen Seite weiter voneinander entfernt, und zwar zum Negativen. Im Jahr 2012 betrug das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt 24 441 €, in den ostdeutschen Flächenländern betrug das Durchschnittseinkommen je Arbeitnehmer 24 578 €. Im Jahr 2013 betrug das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt 24 786 €, in den ostdeutschen Flächenländern betrug das Durchschnittseinkommen je Arbeitnehmer 25 136 €. Das heißt, das Durchschnittseinkommen des Arbeitnehmers in Sachsen-Anhalt hat sich im Verhältnis zum ostdeutschen Durchschnitt langsamer entwickelt.

Dann lese ich auf einmal den Satz: Die Schere zwischen Aus- und Einpendlern in Sachsen-Anhalt fängt an, sich zu schließen. Wir haben uns einmal die Zahlen angeschaut, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ja, sie schließt sich. Ich sage Ihnen einmal, in welchem Verhältnis sie sich schließt. 2007 hatten wir 81 000 mehr Aus- als Einpendler. 2013 hatten wir 78 000 mehr Aus- als Einpendler. Diese Zahl entwickelt sich in etwa proportional zu den Zahlen der Arbeitnehmer, die es in Ostdeutschland überhaupt gibt, da zurzeit mehr Arbeitnehmer ausscheiden als in den Arbeitsmarkt eintreten.

Deswegen sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn Sie dies heute als Erfolgsbilanz darstellen, dann schauen Sie durch eine sehr rosarote Brille. Sie hat mit den Realitäten in diesem Land nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen müssen wir weiterhin nach dem Motiv dieser Regierungserklärung fragen. Dies erschließt sich nicht aus der Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt, es erschließt sich aus einem anderen Zusammenhang. Und zwar hat es vor einem Jahr auch eine Regierungserklärung eines Ministerpräsidenten Haseloff an dieser Stelle gegeben. Zwei Monate davor gab es eine Aktuelle Debatte.

Dabei ging es darum, dass man versuchte, die radikalen Kürzungsvorschläge, die das Kabinett im März 2013 für den Haushaltsplan 2014 beschlossen hatte, in irgendeiner Art und Weise zu legitimieren. Die Botschaften waren damals genauso eindeutig wie heute. Sie waren nur völlig andere: geringere Bevölkerung, geringere Einnahmen, ein riesiger Schuldenberg. Es hieß damals, wir könnten uns in absehbarer Zeit nicht bewegen, wenn wir nicht radikale Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge, bei Kultur, bei Bildung und auch bei der Wirtschaftsförderung realisierten.

Interessant ist übrigens, dass Herr Haseloff sechs Wochen vor der Flutkatastrophe begründet hat, dass es unabdingbar notwendig sein wird, Deichbaumaßnahmen nach hinten zu schieben, da man kein Geld mehr dafür hat, die Dinge so durchzuziehen, wie man sie durchziehen will. Davon war nach der Flutkatastrophe natürlich keine Rede mehr. Aber schauen Sie sich gern einmal die Aktuelle Debatte dazu an, die im April 2013, vor der Flutkatastrophe, stattgefunden hat.

Das waren die Aussagen: Der Ministerpräsident sagte, wir bewegten uns in Sachsen-Anhalt auf ein Ausgabenniveau von 130 % des Durchschnitts der deutschen Länder zu. Wir müssten wenigstens auf 105 % des Ausgabenniveaus herunterkommen. Radikale Einschnitte seien das Einzige, was uns helfe. Diese radikalen Einschnitte müssten wir machen; ansonsten landeten wir gnadenlos in einer Schuldenspirale, aus der wir nicht mehr herauskämen. Das sei früher in der DDR auch schon so gewesen und wir hätten alle erlebt, was dann passiert sei - der Herr Ministerpräsident insbesondere. Es hieß also, das Land Sachsen-Anhalt stehe vor dem Untergang, wenn der Gürtel nicht radikal enger geschnallt werde.

Das waren die Botschaften von damals. Vergleichen Sie diese mit der Botschaft von heute, dann erkennen Sie den Wahrheitsgehalt dieser Reden. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Lesen Sie einmal die alte Regierungserklärung, dann werden Sie sehen, es ist Unsinn, was Sie erzählen!)

Jetzt geht es weiter. Was ist seitdem passiert? - Damals hat sich die Landesregierung hingestellt und gesagt, wir müssten diese radikalen Einschnitte realisieren, um die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt zu sichern. Aber das hat die Leute in

Sachsen-Anhalt nicht überzeugt. Sie haben massiv gegen diese Politik protestiert. Sie sind auf die Straße gegangen und haben sich massiv gegen diese Beschlüsse des Kabinetts gewehrt.

In einer ersten Reaktion bescheinigte ihnen die Landesregierung, dass dies alles Egoisten seien, dass es Leute seien, die ihre Partikularinteressen verträten und keinen ausreichenden politischen Weitblick hätten. Das waren die ersten Reaktionen der Landesregierung auf diese Proteste.

In einer zweiten Phase merkte zwar nicht die Landesregierung, aber die Koalition, dass es für eine solche Politik keine Legitimation und auch keine Akzeptanz in der Bevölkerung gibt. Und dann - das haben wir alle gemerkt und wir alle waren Zeugen - sind diese radikalen Sparmaßnahmen und Einschnitte nach und nach zurückgenommen worden.

Als Erstes garantierte der Ministerpräsident die Existenz zweier Uniklinken, nachdem die damalige Wissenschaftsministerin den Standort Halle faktisch bereits zur Disposition gestellt hatte. Das muss man der Ehrlichkeit halber einmal sagen, auch wenn ich ihr ganz herzlich dazu gratuliere, dass sie nun Präsidentin der Goethe-Uni in Frankfurt am Main geworden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Das trieb die Leute damals auf die Straße. Sie begründete es damals in den entsprechenden Kabinettsvorlagen damit, dass wir uns die Zuschüsse nicht mehr leisten könnten; die Uniklinken liefen defizitär und die Investitionszuschüsse könnten nicht mehr aufgebracht werden. Es hieß, dies alles könnten wir uns nicht mehr leisten und deshalb würden in absehbarer Zeit keine zwei Uniklinken in diesem Land Sachsen-Anhalt mehr aufrechterhalten werden können. - Das war die erste Rücknahme.

Zweitens Hochschulkürzungen. Wir hatten das berühmte Deubel-Gutachten, das auswies, wir könnten aus den Hochschulbudgets ohne Weiteres 50 Millionen € pro Jahr herausziehen. 50 Millionen € pro Jahr wollte man über Stufen von 5 Millionen € pro Jahr ab 2015 bzw. 2016 erreichen.

Die Leute gingen auf die Straße. Was ist passiert? - Es gab den sogenannten Bernburger Frieden. Den kann man mit dem folgenden Motto beschreiben: Wir behalten bei den Hochschulbudgets in etwa den Status quo bei. Das heißt, es wird nichts gekürzt, es wird aber auch nichts draufgelegt. Über eine Kürzung um 0,5 % kann man sich streiten.

Übrigens wissen wir, dass selbst dieser sogenannte Bernburger Frieden dazu führen wird, dass unsere Hochschullandschaft, wenn er wirklich lange Zeit beibehalten wird, massiv beschädigt werden wird, dass sie Qualität verliert und dass sie Studenten verliert, was umso unverständlicher ist,

als es jetzt mit der BAföG-Vereinbarung mit dem Bund auch überhaupt keine finanzielle Notwendigkeit mehr für einen so radikalen Kurs gegen unsere Hochschullandschaft gibt. Aber das sei einmal dahingestellt. Fakt ist, dass der größte Teil der vorgesehenen Einsparungen bei den Hochschulbudgets zurückgenommen worden ist.

Dann ging es weiter: Kürzungen in den Bereichen Soziales und Jugend sowie beim Blindengeld. Diese sind leider nicht vollständig zurückgenommen worden auf Druck der Proteste, aber sie sind zumindest zum Teil zurückgenommen worden.

Nachdem all diese Debatten in der Öffentlichkeit eine zentrale Rolle gespielt hatten, kam der nächste Krisenherd dieser Landesregierung in der Öffentlichkeit zum Vorschein. Das war die Polizeistrukturereform. Diese fing auf einmal an zu stocken. Für dieses Stocken der Polizeistrukturereform gibt es einen einfachen Grund. Irgendwann kam man bei sämtlichen Strukturmodellen, die man einsetzen wollte, zu der Erkenntnis: Öffentliche Sicherheit geht in keiner Struktur ohne Polizisten.

Das bedeutet, wenn ich den Personalabbau im Bereich der Polizei, so wie in der Koalitionsvereinbarung beschlossen, so wie von der Koalition akzeptiert, so wie drei Jahre lang vom Innenminister akzeptiert, weiterbetreibe, werde ich die innere Sicherheit in diesem Land nicht mehr garantieren können.

Was passierte? - Man fing an, sich von dem radikalen Personalabbau im Bereich der Polizei zu verabschieden. Es wurde heute noch einmal gesagt: nicht mehr 150, sondern 200 Einstellungen pro Jahr, um in der Realität nicht 6 000 Beamte - wir alle wissen, das wird nicht hinhauen -, aber wenigstens 5 700 bis 5 800 Vollzugsbeamte bei der Polizei beizubehalten. Man hat also im Verhältnis zu dem Plan die Personalausgaben aufgestockt.

Kaum hatte man diese Debatte einigermaßen im Griff - oder schon parallel dazu -, kam ein nächster Krisenherd zum Vorschein, und zwar die Frage der Grundschulschließungen auf dem flachen Land.

Noch einmal ganz klar: In den nächsten Jahren werden wir mehr Grundschüler haben als in den letzten Jahren. Warum also müssen wir die kleinen Schulen schließen? - Ganz einfach deshalb, weil die Einstellungskorridore für Lehrer deutlich unter den jährlichen Abgangsraten für Pädagogen aus dem Schulbereich liegen.

Noch einmal: Pro Jahr verlieren wir 600 bis 700 Pädagogen im Schulbereich. Wir diskutieren zurzeit über 250 Einstellungen. Jetzt hat man aber auf einmal gesehen, dass der Druck so groß wurde, dass man zumindest auf 370 Einstellungen hochgeht. Möglicherweise sagt man: Na, in der nächsten Legislaturperiode werden es wohl mehr als

400 Einstellungen sein. Das sind übrigens immer noch deutlich weniger Pädagogen, als aus dem Bereich hinausgehen.

Auch dieser Konflikt hat sich weiter zugespitzt, nicht nur im Bereich der Grundschulstandorte, sondern auch im Bereich - darüber haben wir hier letzstens zweimal diskutiert - des wachsenden Unterrichtsausfalls, weil ich die Unterrichtsversorgung in verschiedenen Bereichen eben schon jetzt nicht mehr garantieren kann. Ich werde sie auch in der Perspektive nicht mehr garantieren können, wenn ich viel weniger Lehrer einstelle als hinausgehen.

Fakt ist aber: Im Verhältnis zum Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 2013, der die Schuldenspirale an die Wand gemalt hat, der den Untergang an die Wand gemalt hat, hat man jetzt natürlich deutlich höhere Personalausgaben einzuplanen. Der Landesrechnungshof spricht von einer Summe von 75 Millionen bis 100 Millionen €. Es kann jetzt dahingestellt sein, in welchem Zeitraum das alles passieren soll.

Fakt ist jedenfalls eines bei dieser ganzen Geschichte: Der zentrale Grundstein „permanenter Personalabbau“ als sozusagen zentrale Position der Haushaltskonsolidierung kommt langsam ins Schwimmen, wird so nicht realisiert.

Wir sagen ganz deutlich: All diese Korrekturen waren ausdrücklich nötig. Sie kamen oftmals viel zu spät oder waren inkonsequent. Und in dem einen Bereich, wo es leider keine Korrekturen mehr gegeben hat, nämlich bei der Förderung der Theaterlandschaft, hinterlassen Sie deutliche Spuren von Qualitätsverschlechterung, von Kulturabbau.

(Zustimmung von Frau Bull, DIE LINKE, und von Frau Zoschke, DIE LINKE)

Ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen: Schauen Sie sich bitte den Brief des Intendanten des NT zu dieser Entscheidung heute noch einmal an. Hier werden keine Strukturen gesichert, hier werden Qualität und Angebot abgebaut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, Herr Haseloff, Sie haben sogar Recht. Das tun wir, ohne Geld zu sparen; denn allein die Gelder, die ich für diese Umstrukturierungen jetzt ausgeben würde, hätten zehn Jahre lang dafür gereicht, ein entsprechendes Angebot auf entsprechendem Niveau weiter vorzuhalten.

Das alles waren die Ursachen für die massiven Proteste. Die Menschen, die auf die Straße gegangen sind, haben ganz klar gesagt: Liebe Landesregierung, eure alleinige Fokussierung auf Schuldenabbau, eure alleinige Fokussierung darauf, diesen Haushalt vermeintlich zu sanieren, das ist nicht die Zukunft dieses Landes. Liebe Kollegen

von der Landesregierung, diese Fokussierung, dieser Tunnelblick gefährdet die Zukunft dieses Landes.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Das ist die Voraussetzung!)

Das war die zentrale Aussage der Menschen auf den Straßen. Denn sie hatten eine einfache Erkenntnis: Die Zukunft dieses Landes, liebe Kollegen, entscheiden keine Rating-Agenturen. Die Zukunft dieses Landes entscheiden Menschen mit ihrer Entscheidung: Bleibe ich hier oder gehe ich weg?

(Zustimmung von Frau Dirlich, DIE LINKE, und von Herrn Lüderitz, DIE LINKE)

Bekomme ich hier Kinder oder bekomme ich sie nicht? Lege ich gesellschaftliches Engagement an den Tag oder engagiere ich mich im Beruf?

Das ist die Erkenntnis, die am Kabinettsstisch keinen Platz mehr hatte und die dem Kabinett durch diese Proteste von außen aufgedrückt werden musste.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen erfolgten die Korrekturen eher zögernd und widerwillig. Sie entsprachen nicht der Überzeugung dieser Landesregierung.

Sie kosten aber trotzdem Geld. Sie kosten nicht wenig Geld. Deswegen sage ich: Wenn die Analyse des Jahres 2013 wirklich gestimmt hätte, dann wären wir jetzt abgrundtief in die Schuldenspirale hineingerutscht. Da wir diese Aufrufe, die es damals gegeben hat - permanent Gürtel enger schnallen, Personal abbauen, wir müssen streichen, wir müssen kürzen; das ist ja zum großen Teil nicht umgesetzt worden -, nicht wirklich realisiert haben, hätten wir jetzt eine desolante Finanzsituation des Haushaltes haben müssen.

Aber nein, die Landesregierung kommt überraschenderweise zu einem völlig anderen Urteil. Noch vor einem Jahr: Gürtel enger schnallen, radikale Einschnitte. - Heute: Alles ist super, alles ist gut; wir stehen hervorragend da. Finanzpolitik ist Wachstumspolitik usw. usf. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer soll diese Einschätzung noch glauben?

(Beifall bei der LINKEN - Herr Schröder, CDU: Es ist ja auch Ihre Einschätzung!)

Dann haben Sie versucht, diese Botschaft herüberzubringen, und zwar vor 14 Tagen bei einem Pressebrunch der Landesregierung. Offensichtlich waren aber auch die Kollegen von den Medien so geschockt worden, dass sie das irgendwie nicht reflektiert haben. Die „Altmarkzeitung“ hat einen Artikel gebracht, alle anderen haben das irgendwie ignoriert.

(Herr Leimbach, CDU: Oh!)

Dann hat offensichtlich die Landesregierung gesagt: Na ja, dann müssen wir es ihnen noch einmal sagen. Okay, der Ministerpräsident macht eine entsprechende Regierungserklärung. In Ordnung.

Das schien allerdings wiederum den Finanzminister so geärgert zu haben - denn er wollte die positive Botschaft überbringen -, dass er vor einer Woche genau zu diesem Thema eine Pressekonferenz gemacht hat. Nun gut. Jetzt haben wir also die neue Strategie dieser Landesregierung. Jetzt haben wir den neuen Paradigmenwechsel. Sparen und Konsolidieren ist vorbei. Jetzt geht's nach vorn.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht!)

Aber was ist an dieser Geschichte nun Show? Ist diese Kehrtwendung, weil viel zu abrupt, ein völlig unglaublicher Versuch, sich mit einem neuen Image auszustatten, nachdem man gemerkt hat, dass man mit dem Image, dass man sich im Jahr 2013 zugelegt hat, eigentlich überhaupt keine Resonanz mehr in der Bevölkerung findet?

Dazu haben wir tatsächlich drei wesentliche Erkenntnisse. Erstens. Unsere Positionierung gegen die damalige Sparstrategie der Landesregierung war völlig richtig. Unsere Strategie, gegen die Kürzungen vorzugehen, führte das Land Sachsen-Anhalt eben nicht in die Katastrophe, sondern war die richtige Antwort auf die Kabinettsbeschlüsse des Jahres 2013, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Es ist auch ein Sieg der Protestbewegung. Sie war weder egoistisch, noch stellte sie unbezahlbare Forderungen. Diese Protestbewegung war notwendig und sie war richtig. Heute gibt die Landesregierung zu, dass die Forderungen völlig berechtigt gewesen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dritte Erkenntnis: Ein solcher Paradigmenwechsel der Landesregierung, wie er heute hier zelebriert wird, ist zu abrupt, um glaubwürdig zu sein. Ich möchte auch gleich ein Beispiel anführen, das uns zu dieser Erkenntnis führt.

Erste Dokumentationen über den Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 haben wir bereits. Diesbezüglich gibt tatsächlich eine gute Stimmung im Kabinett. Aber offensichtlich hat man vor, sich diese gute Stimmung von anderen bezahlen zu lassen. Denn beim Finanzausgleichsgesetz hat man vor, in den nächsten beiden Jahren 130 Millionen € und danach 160 Millionen € pro Jahr einzusparen.

Die Begründungen dafür werden flexibel sein, ähnlich wie damals bei den Hochschulkürzungen. Sie sollen uns hier nicht weiter interessieren. Aber

eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch klar: Jeder, der sich mit dieser Materie auskennt, der weiß doch, was eine zehnprozentige Kürzung der FAG-Summe für die Kommunen bedeutet. Das wird radikale Auswirkungen vor Ort haben.

Insofern ist die Botschaft der Landesregierung ganz klar: Nein, wir streichen nicht mehr selbst, wir lassen streichen, und zwar durch die Landräte und Landrätinnen, durch die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, durch die Kreistage und die Gemeinderäte. Das, liebe Kollegen von der Landesregierung, ist schon ziemlich zynisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei Ihrer Regierungserklärung beschleicht einen schon ein eigenartiges Gefühl. Die Ankündigung, dermaßen radikal in die Kommunalfinanzen eingreifen zu wollen, erreicht uns wenige Wochen nach den Kommunalwahlen. Man hat versucht, die schmerzhaften Einschnitte auf der Landesebene irgendwie im Jahr 2013 durchzudrücken. Jetzt sind die Kommunalwahlen vorbei, jetzt kann man an die Kommunalfinanzen herangehen.

Das wirft die Frage auf, was von dieser Landesregierung eigentlich nach den nächsten Landtagswahlen kommen wird.

(Herr Schröder, CDU: Die Proteste waren aber vorher!)

Was passiert dann im Jahr 2016? Wird sich dann wieder ein Ministerpräsident hier hinstellen und wie im Jahr 2013 eine Blut-, Schweiß- und Tränenrede halten und von Konsolidierung, von Sanierung, von radikalen Einschnitten in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge reden? Werden wir dann wieder wie beim letzten Mal Zeuge dessen werden, dass in einer Koalitionsvereinbarung handstreichartig und ohne über die Konsequenzen zu reden der Einstellungskorridor halbiert wird?

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Agieren dieser Landesregierung legt diese Vermutung nahe. Deswegen wird es unser Ziel sein, dieser Landesregierung nicht noch einmal die Chance zu geben, einen solchen Fehler zu machen.

(Beifall bei der LINKEN - Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Das beurteilen die Wählerinnen und Wähler!)

Was bleibt unterm Strich? - Den Paradigmenwechsel dieser Landesregierung kann man, wenn man ihn positiv bewertet, als radikale Selbstkritik im Hinblick auf die Arbeit in den letzten drei Jahren bewerten. Aber er hat einen großen Makel: Er leidet an mangelnder Glaubwürdigkeit. Wir werden in den Haushaltsberatungen in den kommenden Monaten sehr genau hinschauen

(Minister Herr Bullerjahn: Das hoffe ich doch!)

und prüfen, ob die Probleme von der Landesregierung mit ihren Vorschlägen wirklich angegangen werden oder ob man versucht, die Probleme auf andere, nämlich auf die kommunale Ebene, abzuwälzen.

Wir werden uns dabei von einer realistischen Analyse der Chancen und Ressourcen in diesem Land tragen lassen. Das ist allemal seriöser, das ist allemal besser als ein Hin und Her zwischen Untergangsgesängen und Jubelarien. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke, Herr Kollege Gallert. - Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion der SPD die Fraktionsvorsitzende Frau Katrin Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Klasse, einer ganz leise, einer ganz laut - ich versuche jetzt einmal die Mitte zu treffen. Das Thema der heutigen Regierungserklärung lautet „Sachsen-Anhalt in guter Verfassung“. Ich möchte, bevor ich darauf zu sprechen komme, einige Sätze zu der ersten Sitzung in dem modernisierten Gebäude sagen. Ich finde, das gehört an den Beginn des Tages.

Ich möchte von unserer Seite aus Dank sagen. Wir haben anderthalb Jahre in einem Übergangsdomicil gearbeitet und in der Johanniskirche getagt. Wir waren, glaube ich, alle etwas skeptisch, dass das funktionieren würde. Deshalb möchte ich an dieser Stelle danke sagen, danke an die Landtagsverwaltung, danke an das Finanzministerium, dass das alles so gut geklappt hat, und danke an diejenigen, die das Gebäude saniert haben.

Das Parlament, jedenfalls das Gebäude, ist wieder in guter Verfassung. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen und das ist ein Aushängeschild für die Demokratie in unserem Land.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Ich wünsche uns allen zusammen ein gutes Arbeiten im neuen alten Haus.

Zugegebenermaßen war ich anfangs ein wenig überrascht, als die Regierungserklärung angekündigt wurde. Sie ist streckenweise auch ein vorweggenommener Beitrag zur Haushaltsdebatte gewesen. Wir als Parlament haben die Vertitelung der Einzelpläne noch nicht vorliegen.

Wir haben Ähnliches schon im letzten Jahr gehabt. Damals hieß der Titel der Regierungserklärung „Investieren, konsolidieren, Innovationen fördern - mit solider Haushaltspolitik heute Zukunft gestalten“. Der Anlass war damals allerdings ein anderer. Heute ging es wohl auch ein wenig

darum, die schwarze Null für dieses Jahr zu präsentieren.

Herr Ministerpräsident, ich möchte aber auch ausdrücklich anerkennen, dass Sie sich - das konnte man der Regierungserklärung anhören - meine Worte aus dem letzten Jahr vielleicht ein Stück weit zu Herzen genommen haben. Sie werden sich daran erinnern, dass ich vehement dafür geworben habe, das Land nicht schlechtzureden und den Menschen nicht nur zu vermitteln, dass es bergab gehe.

Im Gegenteil. Wir wollen niemanden abschrecken. Wir wollen, dass die Menschen zu uns kommen und dass sie hier bleiben. Die heutige Regierungserklärung ist inhaltlich schon um 180 Grad gedreht.

(Zuruf von Herrn Barthel, CDU)

Manchmal lohnt es sich dann doch - lassen Sie mich das mit einem kleinen Augenzwinkern sagen -, auf den Koalitionspartner zu hören.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Magdeburger würde dazu als höchstes Lob sagen: Da kannste nicht meckern!

Wir regieren mittlerweile acht Jahre gemeinsam in einer großen Koalition. Es gab in den vergangenen acht Jahren in der Tat viele Strukturentwicklungen. Sie haben darauf hingewiesen, dass das Land daraus jetzt auch eine Rendite einfahren kann. Das ist richtig und das ist gut so.

Eines hatten diese Veränderungen alle gemein: Es war immer schwierig, sie in Gesetze zu gießen und sie gemeinsam zu verantworten. Damit meine ich zunächst die Vorhaben, die in den letzten zwei Koalitionsverträgen vereinbart waren: die Gemeindegebietsreform, die Finanzamtsreform, die Gerichtsreform und die Schulreform zur Einführung des längeren gemeinsamen Lernens. Sie alle haben am Ende die Koalitionsklippen geschafft, und das ist gut so. Ich habe eben auch mit ehrlicher Freude vernommen, dass wir auch die Strafvollzugsreform gemeinsam durchführen werden.

In finanzpolitischer Hinsicht hat Sachsen-Anhalt eine gute und vernünftige Perspektive. Das muss man deutlich sagen. Wir stehen heute besser da. Wir stehen besser da, als man das im Jahr 2006 hätte erwarten können. Daran hat das Finanzministerium den entscheidenden Anteil. Wir haben dabei sogar die Finanz- und Wirtschaftskrise überstanden und haushalterisch verarbeitet.

Jetzt müssen wir allerdings die nächsten großen strukturellen Herausforderungen angehen. Wir müssen im Jahr 2019 auf eigenen Füßen stehen. Das werden wir auch. Die Eckdaten, die der Finanzminister in der letzten Woche vorgestellt hat, sind dafür gut geeignet. Dafür, meine Damen und Herren, - das möchte ich ausdrücklich sagen - verdient er unsere Anerkennung; denn diese Perspek-

tive ist insbesondere auch das Ergebnis seiner Arbeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Das Erwartungsbarometer für das Land Sachsen-Anhalt ist damit aus dem roten in den grünen Bereich gestiegen. Das meine ich nur in finanzpolitischer Hinsicht, nicht dass mir jemand etwas anderes unterstellt. In finanzpolitischer Hinsicht ist das ein Erfolg.

Am 12. Mai 2014 hat die Tageszeitung „Die Welt“ getitelt: „Der Osten zeigt dem Westen, wie man Schulden tilgt“. Ich glaube, es könnte 25 Jahre nach der friedlichen Revolution schlechtere Überschriften geben.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Unser Hausaufgabenheft ist dennoch voll. Wir werden jede der Aufgaben lösen müssen, bis das selbständige Stehen gelungen ist.

Wie sehen diese insbesondere auch finanzpolitischen Hausaufgaben aus? - Unstrittig ist und bleibt, dass wir den Haushalt in Ordnung halten müssen. Erstens gibt es die Schuldenbremse im Bund. Man kann sie gut finden oder auch nicht, sie ist da. Es wäre ein finanzpolitischer Blindflug, wenn man sie ignorieren würde.

Zweitens können wir es uns nicht leisten, die Konsolidierungshilfen zu verlieren. Das würde reales Geld aus dem Landeshaushalt abziehen.

Drittens werden wir in absehbarer Zeit wachsende Versorgungsaufwendungen für die Altersversorgung unserer Beamtinnen und Beamten haben. Das ist schon absehbar. Das muss das Land aus eigenen Mitteln stemmen, deshalb ist es gut, dass wir den Pensionsfonds weiter füllen.

Denn wenn wir neben dem Auslaufen des Solidarpaktes, neben den sinkenden Einnahmen infolge des demografischen Wandels, neben dem Risiko möglicherweise steigender Zinsen und neben dem Absinken der EU-Förderung auch noch ohne Vorsorge die Pensionsleistungen stemmen müssten, dann muss man kein Prophet sein, um zu erkennen, dass das das Land Sachsen-Anhalt überfordern würde. Deshalb ist es wichtig, diese Töpfe zu füllen.

Das gilt im Übrigen auch für die konjunkturellen Risiken. Es ist richtig, dass die Steuerschwankungsreserve als weiteres Vorsorgeelement ausgebaut wird. Ja, wir sind in finanzpolitischer Hinsicht in einer guten Verfassung.

(Zustimmung bei der SPD und von Minister Herrn Bullerjahn)

Ich höre fast jeden Morgen ab 6 Uhr den Sender MDR Info. Unter anderem kommen dort die Bür-

gerinnen und Bürgern aus dem MDR-Land mit ihren Sorgen zum Zuge. Die hören sich dann so an: Wieso wird unsere Schule nicht saniert? Warum gibt es in den Kommunen zu wenige Beratungsstellen? Warum werden unsere Kitas nicht bei notwendigen Erneuerungen und Sanierungen unterstützt? Wieso sind die Privatschulen so schlecht finanziert? Welche Unterstützung können Kommunen zum Schuldenabbau bekommen?

Regelmäßig zucke ich dann zusammen und denke: Mist, wieder Negativwerbung für unser Land. - Nein, in der Regel sind es nämlich nicht Menschen aus Sachsen-Anhalt, sondern aus Sachsen, die das fragen.

(Herr Leimbach, CDU, lacht)

- Da hört noch einer MDR Info. - Dort gibt es nämlich kein Stark II und kein Stark III, kein Entschuldungsprogramm des Landes für die Kommunen, kein Sanierungsprogramm des Landes für Kitas und Schulen und keine solide Mitförderung der Beratungslandschaft wie in unserem Land. Dort mussten die Privatschulen, die bei uns immer so klagen und jammern, die Finanzierung beim Verfassungsgericht einklagen.

Fazit, meine Damen und Herren: Es gibt gute Dinge in Sachsen-Anhalt. Nur werden sie ganz oft nicht wahrgenommen, weil sie selbstverständlich zu sein scheinen. Herr Gallert, diese Dinge wahrzunehmen, ohne die verbliebenen Probleme zu ignorieren, das ist die Kunst, die wir erlernen müssen, auch damit das Selbstwertgefühl und - zu Recht - ein wenig Stolz in uns Sachsen-Anhaltern wächst.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank - Herr Leimbach, CDU: Kann er nicht!)

Als geneigter MDR-Hörer - nicht nur in den Morgenstunden - sage ich dann immer: Sachsen ist eben nicht das gelobte Land und Sachsen-Anhalt ist nicht die Wüste, sondern Sachsen-Anhalt ist ein starkes Land.

(Zustimmung von Frau Schindler, SPD)

Bei all den Aufgaben werden wir das mit unseren Stark-Programmen natürlich auch weiterhin tun. Wir werden den Kommunen weiter unter die Arme greifen und sie weiter bei der Sanierung von Kitas und Schulen unterstützen. Wir werden auch die Beratungslandschaft im Land weiterhin mitfinanzieren.

Ich glaube, das ist nicht selbstverständlich. Doch es ist notwendig; denn wir wissen, dass ein gesundes Land Sachsen-Anhalt nicht nur bedeutet, den Landeshaushalt in Ordnung zu haben. Dazu gehört natürlich auch eine gesunde kommunale Ebene. Wir als SPD finden, dass Sachsen-Anhalt

eine große Gemeinschaft ist und dass wir dann auch füreinander eintreten müssen.

Was gehört noch zu einer guten Verfassung des Landes? - Zur Verfassung des Landes gehört vor allem die Frage: Wie sieht es mit dem alltäglichen Leben aus, mit dem, was die Menschen unmittelbar berührt? Wie sieht es mit der wirtschaftlichen Entwicklung aus, die eng mit Arbeitsplätzen zusammenhängt? Wie sieht es mit sozialem Frieden und sozialer Gerechtigkeit in Sachsen-Anhalt aus?

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung haben wir selbstverständlich noch Aufholbedarf. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung, das DIW, hat am Wochenende erklärt, dass die Angleichung der Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland an das Niveau im Westen nur noch schleichend erfolge. Im Moment hat die Wirtschaftsleistung 71 % des Westniveaus erreicht.

Aber nach der Aussage des DIW haben wir im Osten eine Reindustrialisierung geschafft. Die Industrieproduktion ist höher als zu DDR-Zeiten, gemessen am Industrialisierungsgrad. Auch gemessen am Industrialisierungsgrad hat der Osten Länder wie zum Beispiel Frankreich weit abgehängt.

Allerdings ist heute - wir haben noch immer die Zeit vor dem Jahr 1989 und um das Jahr 1989 herum im Kopf - der Maßstab ein ganz anderer. Die Anzahl der Industriearbeitsplätze, die es im Jahr 1989 gab, haben wir natürlich nicht mehr. Trotzdem sehen die Wirtschaftsforscher des DIW das als einen Erfolg an. Ich glaube, es ist auch ohne Zweifel ein Erfolg. Wir haben wieder eine wirtschaftliche Basis aufgebaut, sowohl im mittelständischen als auch im industriellen Bereich, die gut ist. Diese gilt es zu pflegen, diese gilt es zu erweitern, diese gilt es auszubauen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wer heute durch Sachsen-Anhalt geht, die Augen schließt und sich vorstellt, wie das vor 25 Jahren ausgesehen hat, für den ist, glaube ich, die Aufbauleistung der Menschen in Sachsen-Anhalt auch mit Händen zu greifen. Das gilt für den Marktplatz in Halle genauso wie für den Domplatz in Magdeburg, für die Meisterhäuser in Dessau genauso wie für die schönen Hansestädtchen in der Altmark. Das gilt auch für die Fachwerkhäuser in der bunten Stadt im Harz, wo am Wochenende natürlich der Sachsen-Anhalt-Tag toben wird. Das gilt auch für die Weinstraße an Saale und Unstrut und für alle anderen Regionen.

Ja, wir haben gemeinsam viel geschafft. Darauf können wir auch stolz sein.

Das DIW zieht aus dem Stand der Entwicklung zwei Schlüsse. Erstens wird ein Strategiewechsel gefordert. Man sollte nicht mehr wie bisher darauf

setzen, mit möglichst niedrigen Löhnen und niedrigen Kosten im Wettbewerb mithalten zu können. Darin gebe ich dem DIW unumwunden Recht. Ich habe es von diesem Pult aus schon öfter gesagt und ich sage es gern noch einmal: Sachsen-Anhalt hat als Billiglohnland schon lange ausgedient.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin froh, dass wir als SPD im Bund den Mindestlohn durchgesetzt haben, auch wenn er nicht die Lösung aller Probleme ist. Wir wissen, das ist kein Allheilmittel - nicht für alle, die auf dem Arbeitsmarkt tätig sind, und nicht für viele Menschen, die über den ersten Arbeitsmarkt gar nicht erreicht werden. Die Arbeitslosigkeit ist in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Aber es haben auch ganz viele Arbeitslose, vor allen Dingen Langzeitarbeitslose, davon nicht profitiert.

Wir haben heute auch nicht die Zeit dafür, eine tiefgehende arbeitsmarktpolitische Debatte zu führen. Aber einen Punkt, den ich im Hinblick auf eine gute Entwicklung der Verfassung Sachsen-Anhalts für wichtig halte, möchte ich nennen: die Bürgerarbeit. Sie ist ein gutes Instrument, für das wir weiter kämpfen werden und auch kämpfen müssen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Ich komme zurück zum DIW und zu den Schlussfolgerungen. Neben dem Ende des Daseins als Niedriglohnsektor fordern sie als zweiten Punkt ein Ende der staatlichen Wirtschaftsförderung im Osten. Die Begründung lautet: Für die staatliche Förderung der ostdeutschen Wirtschaft gebe es immer weniger Begründungen, weil die Standortbedingungen, soweit man sie durch Förderung beeinflussen kann, optimal seien und nicht schlechter als im Westen.

Dem würde ich vehement widersprechen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist Osten nicht gleich Osten. Ich glaube, Sie alle kennen das oft bemühte Beispiel mit der Kuh und dem durchschnittlich wenig tiefen Teich, in dem die Kuh trotzdem ersäuft. So ist das auch mit der wirtschaftlichen Situation der Regionen und so ist das bei uns im Osten.

Wir haben starke Regionen, die gut dastehen. Wir haben aber auch Regionen mit Aufholbedarf. Den Menschen zum Beispiel in der Altmark, im Jerichower Land oder wo auch immer zu erklären, dass jegliche Förderung passé ist, weil der Ballungsraum Leipzig so tolle Wirtschaftsdaten hat, ist völliger Unsinn.

Und weil das im Übrigen nicht nur für den Osten, sondern auch für den Westen gilt, brauchen wir weiterhin eine Wirtschaftsförderung im Osten und

wir brauchen auch eine Neujustierung des Solidarpaktes.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Weigelt, CDU)

Es ist nichts Neues, doch ich möchte es wiederholen: Wir brauchen zukünftig einen weiteren Solidarpakt, der das Stichwort Entschuldung berücksichtigen muss und der, wenn es um Förderungen geht, auch berücksichtigen muss, dass wir uns an Stärken und Schwächen und nicht an Himmelsrichtungen orientieren.

Wir in Sachsen-Anhalt und in den ostdeutschen Ländern, aber gerade wir in Sachsen-Anhalt, brauchen das insbesondere auch deshalb, weil wir es für die Investitionsquote brauchen. Ansonsten würde die Investitionsquote in unserem Haushalt ganz schrecklich absinken. Das wäre nicht gut. Also müssen wir Vorsorge treffen und dafür kämpfen, dass das nicht passiert.

Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat fast minutiös die guten Seiten Sachsen-Anhalts und seine Stärken aufgezählt. Ich könnte vieles davon wiederholen, ich könnte auch Zusätzliches nennen, aber ich möchte darauf verzichten.

Stattdessen würde ich Sie gern auf eine gedankliche Reise mitnehmen. Ich habe mich gestern mit Norbert Bischoff über einen seiner Besuche in einer 11. Klasse unterhalten. Er sei überrascht über die Art der Diskussion, über die Offenheit und über die Fähigkeit der jungen Leute, Positionen gegeneinander abzuwägen und gelten zu lassen, sie einfach so im Raum stehen zu lassen; das sei so ganz anders, als wir früher diskutiert hätten, meinte er.

Klar. Die Generation, die dort diskutiert, ist eine Generation, die ohne Schranken im Denken aufgewachsen ist. Wir haben gelernt, ganz anders zu diskutieren, verdeckt, zurückhaltend. Wir haben gelernt, nur so weit zu gehen, dass das Abitur nicht gefährdet ist. Wir haben andere Techniken gelernt: durch die Blume zu sprechen, den Grad der Anpassung auszuloten, bei dem man sich morgens noch im Spiegel anschauen konnte.

Die heutige Generation ist anders - Gott sei Dank. Das macht sie auch aus. Europa ist für sie selbstverständlich. Grenzen haben viele von ihnen, wenn sie sich in Europa bewegen, noch nicht gesehen. Meine Kinder wissen gar nicht, was Grenzen in Europa sind. Sie wollen um Gottes willen nicht, dass das wieder anders wird. Die Welt ist offen; so sehen sie es.

Aber viele von ihnen sagen auch: Wir kommen zurück und wir wollen zurückkommen, weil wir Sachsen-Anhalt, weil wir das Land, aus dem wir kommen, lieben und weil es hier schön ist. Sie sagen: Ich weiß gar nicht, warum ihr immer meckert. Das ist eine ganz andere Generation, die hinaus in die

Welt gehen möchte, die aber auch wieder zurückkommen möchte. Sie versteht unsere Diskussionen zum Teil gar nicht.

Diese Generation mit ihrem Hunger auf das Leben und mit ihrer Aufbruchstimmung müssen wir fragen, wie sie Sachsen-Anhalt sieht. Diese Generation müssen wir fragen: Was ist gut und was muss anders oder besser werden, damit dieses Land euer Land für die Zukunft ist? Für sie lohnt es sich, Sachsen-Anhalt als eigenes Land weiterzuentwickeln und es nicht - entschuldige, Bernward - in einem Mitteldeutschland aufgehen zu lassen, das dann auch wieder 20 Jahre braucht, bis es zusammengefounden hat.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU
- Herr Borgwardt, CDU: Richtig!)

Ich glaube, dass es noch ganz viel über Sachsen-Anhalt und seine Verfassung zu sagen gäbe. Trotzdem möchte ich meine Redezeit, die ich von Ihnen, Herr Ministerpräsident, geschenkt bekommen habe, nicht gänzlich ausnutzen. Ich möchte mit einem Zitat von Martin Luther enden, der aus diesem unserem wunderbaren Kulturland Sachsen-Anhalt kommt

(Minister Herr Bullerjahn: Mansfeld!)

und dessen kleine Tat mit der großen weltgeschichtlichen Bedeutung wir im Jahr 2017 als Höhepunkt feiern werden. Martin Luther hat einmal gesagt:

„Weißes erkennt man besser, wenn man Schwarzes dagegen hält.“

Vielleicht auch Rotes; ich weiß es nicht. - Das gilt auch für Sachsen-Anhalt. Wir stehen gut da im Vergleich, im Vergleich zu früher, im Vergleich zu anderen. Wir wollen noch besser dastehen. Daran arbeiten wir.

Wenn ich jetzt noch immer nicht alle überzeugt habe, dann nehmen Sie doch einfach den Schwung der Weltmeisterschaften und des Sieges, den Deutschland errungen hat, ein bisschen als Antrieb, um mit Lebensfreude und Begeisterung unser Land weiterzuentwickeln. Ich würde mich freuen, wenn wir viel davon gemeinsam tun könnten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollegin Budde. - Die nächste Erwiderung auf die Regierungserklärung hören wir jetzt von der Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Professor Dalbert.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Unser schönes Land Sachsen-Anhalt, Frau Dalbert!)

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, „Sachsen-Anhalt in guter Verfassung - gemeinsam die Zukunft für unser Land gestalten“ - so der Titel Ihrer heutigen Regierungserklärung.

Erste Frage: Sachsen-Anhalt in guter Verfassung? - Zweifellos ist Sachsen-Anhalt ein großartiges Land, ein wunderschönes Land. Sachsen-Anhalt hat wunderbare Menschen, die seit der friedlichen Revolution viel erreicht haben. Sachsen-Anhalt kann sich sehen lassen.

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Ein kraftvoller Motor der friedlichen Revolution vor 25 Jahren - das war die grüne Umweltbewegung.

(Herr Kurze, CDU: Aber nicht hier, Menschenkinder!)

Das waren die Bürgerinnen und Bürger, die in tiefer Sorge darüber waren, dass wir selbst unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstören. Das ist so gewesen.

(Unruhe bei der CDU - Frau Budde, SPD: Da war einer nicht in Leipzig!)

- So ist es, Frau Budde, genau so, wie Sie es sagen.

(Unruhe bei der CDU)

Auch diesbezüglich haben wir natürlich vieles erreicht. Wenn wir uns heute die Qualität unserer Flüsse ansehen und sie mit der Qualität vor 25 Jahren vergleichen, dann sieht man, dass hierbei viel in Sachsen-Anhalt erreicht wurde.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber wir müssen auch feststellen: Die Dynamik, die zu den Verbesserungen geführt hat, hat in den 90er-Jahren stattgefunden. Wenn wir uns jetzt ansehen, was die Landesregierung beispielsweise mit der Ausweisung der FFH-Gebiete macht, dann muss man sagen: Diesbezüglich ist Fortschritt eine Schnecke.

Wir haben schon im Bericht des Präsidenten des Landesrechnungshofes vor einigen Jahren gelesen: Wenn Sie so weitermachen, dann werden die FFH-Gebiete und damit die 19 Arten, für die wir in Sachsen-Anhalt besondere Verantwortung tragen, vielleicht in 40 Jahren wirklich geschützt sein. Jetzt haben Sie ein paar Stellen hinzugegeben. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dann sind es vielleicht nur noch 30 Jahre.

Dazu sage ich Ihnen: Viele der grünen Bewegung, die mit die friedliche Revolution in diesem Land gestaltet haben, sind über die Naturschutzpolitik dieser Landesregierung bitter enttäuscht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Minister Herr Dr. Aeikens: Dazu besteht kein Anlass! Wir machen das schneller! - Herr Leimbach, CDU: Wir haben auch andere Prioritäten!)

Dieselbe Dynamik beobachten wir im Bereich der Wirtschaft. Offensichtlich haben wir ähnliche Lektüre, Frau Kollegin. Auch ich habe mich mit dem Kollegen Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auseinandergesetzt. Er beschreibt dort dieselbe Dynamik. Die Dynamik war in den 90er-Jahren zu verzeichnen. Dann sagt er: Jetzt ist die Dynamik - damit zitiere ich ihn - „schleichend“.

Wenn man den Artikel, auf den Frau Budde Bezug genommen hat, zu Ende liest, dann stellt man fest, dass darin noch etwas Drittes steht. Das haben Sie als Vertreterin einer regierungstragenden Fraktion natürlich nicht zitiert. Aber ich als Vorsitzende der Oppositionsfraktion der GRÜNEN zitiere es. Der Kollege Brenke vom DIW sagt: Die staatliche Wirtschaftsförderung ist an ihr Ende gelangt.

Hinzu kommt der demografische Wandel, also die Abwanderung von in vielen Fällen gut ausgebildeten Menschen und die Überalterung unserer Gesellschaft. Dazu sagt er: Es gibt ein zentrales Mittel, wie man dem entgegensteuern kann. Darin sind sich viele Experten - ich könnte hier viele aufzählen - mit Herrn Brenke einig. Am Ende warnt er davor, an den Universitäten zu sparen. Er schreibt - ich zitiere -:

„Sorge macht mir, dass man trotz dieser klaren demografischen Aussichten in Ostdeutschland sehr stark an den Hochschulen den Rotstift ansetzt. Das ist kontraproduktiv.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, Herr Ministerpräsident, wer Schulen schließt, ganze ländliche Bereiche entschulen will, ohne dass dem zumindest eine seriöse Wirtschaftlichkeitsberechnung zugrunde liegt, der hat nicht verstanden, was Zukunftsinvestitionen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Überhaupt, Herr Ministerpräsident, ich hätte gern von Ihnen heute mehr über Zukunft gehört. Sie haben einen Blick in die Vergangenheit geworfen und uns wenig darüber erzählt, was Ihre Vision darüber ist, wie Sachsen-Anhalt in 20 oder 30 Jahren aussehen soll, also wo wir langfristig hinsteuern wollen.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Lesen Sie es noch einmal nach, Frau Dalbert!)

- Ich habe von Ihnen keine Visionen gehört, Herr Haseloff.

Die interessante, die spannende Frage, vor der wir heute stehen, ist die Frage: Haushaltskonsolidierung und Zukunftsgestaltung - geht das zusammen? - Dazu sage ich und meine Fraktion Ihnen: Das geht zusammen, wenn man ein klares politisches Konzept für die Zukunftsgestaltung unsere Landes hat. Und das haben Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Deswegen haben wir auch eine schwarze Null!)

Sie setzen einseitig auf Haushaltskonsolidierung zulasten der Zukunftsgestaltung. Das halte ich in unserem Land für gefährlich. Damit machen wir unser Land eben nicht zukunftsfest, sondern damit führen Sie unser Land an den Rand der Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Die Schülerzahlen steigen, der Unterrichtsausfall nimmt zu und Sie wollen Personal aus den Schulen herausnehmen.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Wir stellen ein!)

Sie planen, das Volumen des Bildungshaushalts um 76 Millionen € zu reduzieren. Sie halten nicht inne, einen Spardruck auf die Hochschulen auszuüben, obwohl Sie vom Bund Mittel in Höhe von 35 Millionen € für diesen Haushalt ersetzt bekommen. All das ist keine Zukunftsgestaltung für unser Land, sondern das ist brandgefährlich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Herr Kurze, CDU: Was?)

Dennoch rühmen Sie sich und sagen: Wir betreiben Vorsorge. Wenn wir uns das einmal ansehen, dann stellen wir fest, dass Sie das Geld in Spar-töpfe tun: Steuerschwankungsreserve, Pensionsfonds.

(Frau Niestädt, SPD: Das ist eine notwendige Rücklage!)

Dazu muss ich Ihnen sagen: Sparen, etwas auf die hohe Kante legen - das ist dann sinnvoll, wenn man Zukunft gestaltet und dann das Geld übrig bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Herr Bullerjahn: Mit so einer Haltung kommen Sie nie in eine Regierung! - Unruhe)

Wissen Sie, eine Landesregierung, die meint, Sie könnte den Haushalt konsolidieren, indem sie beispielsweise bei der Theaterlandschaft 7 Millionen € spart, die macht deutlich: Wir haben kein Geld. Deswegen ist es falsch, dass Sie das Geld auf die hohe Kante legen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Herr Kurze, CDU: Das kann doch nicht falsch sein!)

- Minister Herr Bullerjahn: Hoffentlich agieren Sie zu Hause nicht so! Da wird einem ja angst und bange! - Heiterkeit bei der CDU)

- Herr Haseloff!

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Das war ich jetzt nicht! - Minister Herr Bullerjahn: Das war ich! - Heiterkeit - Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Aber wir haben die gleiche Meinung! - Unruhe)

Wissen Sie, wir reden hier über Generationengerechtigkeit.

(Minister Herr Bullerjahn: Genau!)

- Herr Bullerjahn, es geht - -

(Minister Herr Bullerjahn: Genau! Es geht um die Kinder und Enkel! Genau darum geht es! - Unruhe)

- Genau. Diesbezüglich haben wir eine deutlich andere Meinung.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Herr Gürth:

Entschuldigung, einen Augenblick.

(Minister Herr Bullerjahn: Frau Dalbert, nicht nur an sich denken, sondern auch an die, die danach kommen! - Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Die wollen auch Pensionen haben!)

- Moment! Meine Kollegen von der Regierungsbank, wer schon einmal Israel und die Knesset besucht hat, der weiß, dass es auf der Welt sehr lebendige Parlamente gibt. Ich finde es auch gut, dass Emotionen gezeigt werden. Wir haben über Grenzen der Zukunftsfähigkeit gesprochen. Wir waren jetzt gerade an der Grenze der Geschäftsordnung.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Ich habe ihn schon so geärgert! - Weitere Zurufe)

Ich wollte nur daran erinnern und bedanke mich für die Lebendigkeit im Parlament. Ich erteile Frau Kollegin Dalbert weiter das Wort.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Es geht in der Tat um Generationengerechtigkeit. Dazu sage ich Ihnen sehr deutlich, dass wir einen anderen Begriff von Generationengerechtigkeit haben. Schulden machen, geht nicht. Strukturelles Haushaltsdefizit, geht nicht. Aber danach müssen wir schon einmal anfangen, darüber zu reden, was Generationengerechtigkeit ist.

Dazu sagen wir: Der Erhalt der Lebensgrundlagen, die Investition in Bildung, das sind unabdingbare

Bestandteile von Generationengerechtigkeit. In will meinen Kindern und Enkelkindern gute Bildung mit auf den Weg geben. Ich will nicht, dass das Land zerbröselt und dann am Ende mit prall gefüllten Vorsorgesparsbüchern dasteht, aber an der Bildung der Kinder und Enkelkinder gespart wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu haben wir eine andere politische Vorstellung als Sie.

Dann schreiben Sie in Ihre Überschrift beim dritten Teil: Sie wollen die Zukunft gemeinsam gestalten, Herr Ministerpräsident. Das finde ich als Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klasse, weil wir sagen: Mitmachen möglich machen, also gemeinsam Politik für unser Land gestalten.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Dann können Sie auch die Regierung unterstützen!)

Dann frage ich mich, mit wem wollen Sie gemeinsam gestalten? Mit den Bürgerinnen und Bürgern? Es ist geradezu ein historisches Kennzeichen Ihrer Regierungsperiode, dass wir die größten Demonstrationen gegen die Regierungspolitik seit der friedlichen Revolution erleben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Oh! bei der CDU - Herr Borgwardt, CDU: Da gab es schon größere!)

- Das ist doch so. - Dann könnte man sich vorstellen, dass Sie das vielleicht mit Verbänden gemeinsam gestalten wollen. Wenn ich beispielsweise etwas über die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden zum FAG lese, dann habe ich nicht den Eindruck, dass ist so wirklich gemeinsam.

Dann, last, but not least - Sie haben es gerade in Ihrem Zwischenruf angesprochen, Herr Ministerpräsident -, könnte man ja meinen, dass die Landesregierung gemeinsam mit dem Landtag Politik für unser Land gestalten will. Dazu sage ich Ihnen, den Eindruck habe ich auch nicht. Es ist geradezu ein Markenzeichen Ihrer Regierung, dass Sie permanent Dinge vorlegen, die diametral den Beschlüssen des Landtages widersprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Herr Gallert, DIE LINKE: Gemeinsam mit der SPD! - Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Das ist auch gut so!)

Wir haben es heute schon einmal gehört und wir haben uns zurückerinnert: Vor einem Jahr haben Sie das für mich einprägsame Bild der Schuldenflut gewählt. Sie haben gewarnt, dass die Schuldenflut auf uns zukommt und dass wir überall kürzen und den Gürtel enger schnallen müssen. Wir haben dann gelernt, Sie wollen den Gürtel vor allem bei den Zukunftsinvestitionen enger schnallen. Und heute erleben wir eine Regierungserklärung,

wo Sie einen rosigen Ausblick auf die Zukunft unseres Landes werfen.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Eine Vision!)

Das ist ein Schwarz-Weiß-Wechsel innerhalb eines Jahres. Da muss man sich fragen, was hat sich denn wirklich geändert? Hat sich im Land so viel von Schwarz auf Weiß verändert? - Ich kann das nicht erkennen. Im Gegensatz zum Kollegen Gallert würde ich das bei Ihrer Politik auch ein bisschen anders sehen. Ich erkenne nicht wirklich einen Wechsel in der Politik der Landesregierung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Herr Schröder, CDU: Genau! So sehe ich das auch! Danke schön!)

Ich erkenne, dass diese Landesregierung immer dort, wo der Druck am größten wird, zurückrudert und versucht, das Schlimmste zu verhindern, aber einen wirklichen Politikwechsel erkenne ich nicht.

Ich erkenne, dass Sie bei Ihrer Politik weiter einseitig auf Haushaltskonsolidierung zulasten von Zukunftsgestaltung setzen. Für diese Politik werden Sie sich zu verantworten haben.

Wir haben heute in diesem Parlament erlebt, wie Sie angefangen haben, eine Legende zu weben, eine Legende, die da heißt: Ich und die CDU und ein bisschen vielleicht auch die SPD haben dieses Land aus dem Chaos in die rosige Zukunft geführt. - Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank, der Landtagswahlkampf ist eröffnet.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Oh! bei der CDU - Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Arbeiten wir noch ein bisschen!)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollegin Dalbert. - Zum Abschluss der Erwiderungen auf die Regierungserklärung nun der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie gestatten bitte, dass ich etwas anders beginne, um auch ein bisschen für Farbe zu sorgen. Ich denke, wir stehen alle noch unter dem Eindruck unserer Heimkehrer von der Fußballweltmeisterschaft. Gestern haben geschätzt 500 000 Menschen auf der Fanmeile die Ankunft der Fußballnationalmannschaft gefeiert.

(Herr Striegel, GRÜNE: Das war auch die CDU!)

Ganz Deutschland fühlt sich noch als Weltmeister, wird eins in der Begeisterung, und die Kommentatoren waren sich überraschend einig: Dieser Erfolg war eine Mannschaftsleistung. Er war das Ergeb-

nis guter Strukturarbeit in den vergangenen Jahren und die Folge der akribischen Vorbereitung auf den Wettbewerb.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Es war der perfekte Mix aus Hurra und Hauruck. In einer Kommentierung hieß es: „Die ganze Vorgeschichte lässt einen auch mit dem guten Gefühl zurück, dass man sich Glück erarbeiten kann.“ Der Journalist Hajo Schumacher hat es in der „Berliner Morgenpost“ so ausgedrückt: Der Erfolg in Brasilien trage eine weitreichende Bedeutung für die Deutschen. „Wer gut ist, der kann hier was werden, wenn viele daran glauben und mitarbeiten.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Sachsen-Anhalt war vor wenigen Monaten nicht alles schlecht, so wie heute nicht alles gut ist. Aber unser Land ist in einer guten Verfassung und auf jeden Fall in einer besseren Verfassung als zu Beginn der Wahlperiode.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden uns, um Ihre Sorge zu zerstreuen, nicht für den Rest der Wahlperiode auf die Schultern klopfen. Aber wir werden unsere Arbeit in dem guten Gefühl erledigen, dass unsere Politik Erfolge zeigt. Und der Vergleich mit dem Fußball lehrt uns: Das war nicht Wunderheilung oder die Folge eines Wunders, sondern das Ergebnis harter Arbeit, richtiger Entscheidungen und einer Mannschaftsleistung dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU - Frau Dirlich, DIE LINKE: Und viel Geld!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden sicherlich nicht überrascht sein: Uns hat die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nicht überrascht; wir haben sie erbeten.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Ach so! Jetzt erklärt es sich!)

Denn vor einem Jahr stand auch fest, dass Sparen kein Selbstzweck ist. Die Botschaft hat sich nicht geändert. Ich stelle fest, die Landesregierung arbeitet an ihrer Haltungsnote. Ich denke, das darf sie.

Aber dass Konsolidierung Handlungsspielräume schafft, die wir nutzen wollen, dass wir Gestaltungsziele haben, dass wir gerade nicht im Paradies neuer Ausgabenwünsche angelangt sind und dass die Botschaft die richtige ist und sich nicht geändert hat: Sparen ist kein Selbstzweck. Wir wollen dieses Land voranbringen, ohne auf Pump zulasten kommender Generationen zu setzen - diese Botschaft ist gleich geblieben.

(Beifall bei der CDU)

Praktisch haben sich alle finanzpolitischen Kennziffern verbessert. Wir steuern erstmalig im Land

auf eine komplette Wahlperiode ohne Neuverschuldung zu. Wir betreiben Risikovorsorge und Altschuldentilgung.

Meine sehr verehrte Frau Dalbert, nicht das Bedienen von Elementen der Risikovorsorge muss man sich leisten können, sondern den Verzicht darauf, jetzt Risikovorsorge zu betreiben, müsste man sich leisten können. Und Sachsen-Anhalt kann das nicht.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass wir trotz allem eine sehr gute Investitionsquote haben - sie bleibt über dem Bundesdurchschnitt -, dass wir pro Kopf der Bevölkerung mehr für Kultur ausgeben als beispielsweise Bayern, dass wir mit 25 % eine hohe Bildungsausgabenquote auch künftig im Landeshaushalt absichern können, das darf man doch zumindest heute einmal erwähnen.

Die große Linie stimmt. Bei allem Knirschen in der Koalitionsarbeit, bei allen unpopulären Entscheidungen, die getroffen wurden, wir haben das Land vorangebracht, ohne auf Pump den kommenden Generationen die Belastung aufzubürden.

Sehr geehrter Herr Gallert - Frau Dalbert hat es auch gesagt -, Sie haben heute hier behauptet, die Menschen waren nicht überzeugt, und haben das mit Massenprotesten begründet, die zweifellos vor der Kommunalwahl, vor der Regierungserklärung stattgefunden haben.

Ja, es waren unpopuläre Entscheidungen. Sie haben die Proteste der Straße in einen politischen Ertrag ummünzen wollen. Sie wollten eine Deckzettwahl vor sieben Wochen. Sie haben Schilder an die Türen der Menschen gehangen: Rote Karte zeigen der Landes- und Bundespolitik!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Ergebnis hat die CDU in diesem Land 2 % mehr Stimmen erhalten. Die Menschen wollen - das ist die Botschaft - Klarheit und Stabilität im Regieren. Sie wollten die Rote Karte zeigen und sind ins Abseits gelaufen, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Richtig!)

Die CDU als stärkste Fraktion im Landtag trägt eine besondere Verantwortung. Mit unserem Selbstverständnis, Sachsen-Anhalt-Partei zu sein, wollen wir unbedingt erreichen, dass unser Land spätestens 2020 auf eigenen Füßen stehen kann.

Gerade der auch heute wieder angefeindete Konsolidierungskurs wäre ohne die CDU so nicht durchhaltbar gewesen. Aber gerade seine zarten Früchte sind es, die wir heute preisen. Nichts da mit Tunnelblick, Herr Gallert. Gerade die stabil über dem Bundesdurchschnitt liegende Investitionsquote, der Erhalt einer flächendeckenden

Wirtschaftsförderung, die sich auf Stärken konzentriert, ohne jedoch Regionen auszugrenzen, gerade ein praxistaugliches Vergaberecht, die Sicherung eines Auftragsvolumens - immerhin 240 Millionen € für die heimische IT-Wirtschaft - durch die Ausschreibung unseres Landesdatennetzes, Verfahrenserleichterungen im Baurecht und das Vorantreiben wichtiger Infrastrukturprojekte hätte es in dieser Form uns ohne uns nicht geben können.

Für uns ist auch klar: Zur Infrastruktur gehört schnelles Internet, und das bedeutet 120 Millionen € Fördermittel für flächendeckend 50 Megabit pro Sekunde bis spätestens 2020.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dort, wo es existenziell wurde, haben wir landespolitisch als Koalition gehandelt. Wir haben die Vernässungsprobleme eigenständig betrachtet und finanziell flankierte Vorschläge unterbreitet - an dieser Stelle herzlichen Dank an Brigitte Take und die gesamte Mannschaft des zeitweiligen Ausschusses.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben nach der Hochwasserkatastrophe 2013 gemeinsam mit Minister Aeikens das Hochwasserschutzkonzept fortgeschrieben und einen Finanzrahmen - die Zahl ist schon genannt worden - von gut 600 Millionen € bis 2020 abgesteckt; Investitionserleichterungen im Wege der Novellierung des Naturschutzrechts bringen wir in dieser Landtagssitzung noch auf den Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU stand auch dort, wo es weh tat. Wir haben die Polizeistrukturen fortentwickelt und sehr zum Leidwesen der LINKEN den Beamtinnen und Beamten neue Befugnisse gegeben, anstatt ihnen Aufgaben zu entziehen.

Wir haben eine Kommunalrechtsreform beschlossen und sichern jetzt den Fortbestand einer bedarfsorientierten Finanzausgleichsgestaltung. Wir wissen: Das Land und die Kommunen bilden eine finanzpolitische Solidargemeinschaft. Deshalb werden wir über die aktuellen Vorschläge der Landesregierung zum FAG weiter reden müssen.

Die kommunale Investitionspauschale werden wir in voller Höhe erhalten, und bei der Vergabe von EU-Mitteln soll endlich der Regionalisierungsmethode zum Durchbruch verholfen werden. Wir wollen, dass die Kommunen fondsübergreifend mehr Mitsprache in der neuen Strukturfondsperiode der EU bekommen, als das bisher der Fall war.

(Herr Knöchel, DIE LINKE: Sie!)

Wir waren zur Stelle, als es darum ging, ein modernes Sportfördergesetz auf den Weg zu bringen, die Theater- und Orchesterlandschaft zu reformieren, Schulsozialarbeit abzusichern und berufliche Bildung aufzuwerten. Morgen beschließen wir als Koalition ein Familienfördergesetz, mit dem

wir die Beratungsstellenlandschaft neu strukturieren und die soziale Infrastruktur in den Kommunen fördern.

Ein Kernanliegen für die Union ist und bleibt die Familie. Uns reicht es nicht, die beste Kinderbetreuung in Deutschland zu haben. Familien sind bei uns besonders willkommen. Um einen eigenen Förderimpuls für zugungswillige Familien, die bei uns Arbeit finden, zu installieren, werden wir das weiter voranbringen und als Idee weiterhin begleiten.

(Beifall bei der CDU)

Unsere jetzt bestandsfähigen Schulstandorte im ländlichen Raum verdienen eine längerfristige Perspektive

(Beifall bei der CDU)

und kein Geheul der Opposition. Künftige Schließungswellen ab 2017 zu vermeiden und trotzdem - darauf kommt es an - eine zukunfts feste Struktur in der Schullandschaft zu haben und zu erhalten, das geht aus der Sicht meiner Fraktion nur mit wirtschaftlich und organisatorisch größeren Einheiten. Deswegen werden wir in den kommenden Monaten auch an der Idee sogenannter Grundschulverbünde weiterarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Auch die notwendige Hochschulstrukturreform werden wir intensiv begleiten. Das Hochschulkonzept des Landes werden wir auf Herz und Nieren prüfen und unsere Haushaltsentscheidungen danach ausrichten. Schon jetzt ist aber klar: Auch die Hochschuldebatte war nie eine reine Spardiskussion; vielmehr müssen sich die Hochschulen immer auch die Frage nach mehr Qualität gefallen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr Effizienz, Profilierung unserer Hochschulstandorte und die Erlangung von Wettbewerbsvorteilen im internationalen Vergleich - das sind doch berechnigte Ziele, die wir konsequent verfolgen. Uns geht es nicht - wie von der Opposition beunzt - um weniger Qualität, sondern um mehr Qualität im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Kollege Schröder, möchten Sie eine Zwischenfrage beantworten?

Herr Schröder (CDU):

Am Ende. - Meine Fraktion hat übrigens auch mal nein gesagt. Wir nehmen für uns in Anspruch, auf diese Weise Schlechteres verhindert zu haben. Wir haben zum Beispiel nein gesagt bezüglich des geforderten Verzichts auf Risikoversicherung - heute

kam das wieder. Wir haben nein gesagt zu neuen Belastungen ländlicher Städte und Gemeinden aufgrund der Förderung von Hochkultur in den Oberzentren. Wir haben nein gesagt zu Wildwuchs bei Windkraftanlagen und neuen Verbandsklage-rechten bei der Tierhaltung. Wir wollen auch keine Privilegierung nur einer Schulform, sondern wir wollen Schulvielfalt. Auch bei jetzt geforderten Eingriffen in die Selbstverwaltung der Wirtschaftsverbände werden wir wieder nein sagen und neuen Prüfungsrechten gegenüber der IHK ablehnend gegenüberstehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das sind nur Beispiele. Was will ich damit sagen? - Ich will damit sagen, dass das Beispiele - ich sage es einmal ein wenig pathetisch - eines bürgerlichen Abwehrkampfes sind, der genauso zur Landespolitik gehört hat wie die positiv getroffenen Entscheidungen in der Koalition.

Auch heute stellt die Opposition nach der Regierungserklärung wieder die Frage nach der Alternative für das Land. Ich habe mich auf eine Schlacht der Argumente gefreut und erlebe Sie heute so unbewaffnet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Eine Opposition ohne Visionen im Habitus des Mäkelns.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Gallert, die Sonne muss heute tief am Himmel stehen, damit Ihre Rede noch Schatten wirft. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Oh! bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Kollege Gallert, eine Frage oder eine Intervention?

Herr Gallert (DIE LINKE):

Das war jetzt ein besonders kräftiges Argument, Herr Schröder, aber sei's drum.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Schröder (CDU):

Es war kein Argument.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Eben.

Herr Schröder (CDU):

Es war eine Feststellung, eine Wertung.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Reden wir doch einmal über das Personal und gehen wir einmal in die Fakten: Die Sache mit den

Grundschulverbünden, die müssen Sie mir jetzt einmal erklären. Also wir müssen die Grundschulstandorte deswegen fusionieren, weil wir weniger Lehrer einstellen, als wir aus Altersgründen verlieren. Das ist nun tausendmal durchexerziert worden; Ihre Fachleute werden Ihnen das schon zu erklären versucht haben.

Jetzt erklären Sie mir bitte einmal die Sache mit den Grundschulstandorten. Wenn Sie diese Grundschulstandorte mit Außenstellen realisieren, haben Sie Folgendes Problem: Dort, wo ein Schüler sitzt, müssen Sie einen Lehrer davorstellen. Das bedeutet aber doch, wenn Sie das wirklich voranbringen wollen, dass Sie massiv mehr Lehrer in diesem Bereich einstellen müssen, als Sie bisher geplant haben. Dann hätten Sie doch die gesamte Debatte sein lassen können.

Herr Schröder (CDU):

Stimmt.

(Zustimmung bei der LINKEN - Frau Bull, DIE LINKE: Immer Butter bei die Fische!)

Herr Gallert, Sie haben völlig Recht: Wenn Sie mich auf diese Weise bewusst falsch verstehen wollen, hätten wir uns die Debatte sparen können. Das ist richtig.

Die Vorgaben der Schulentwicklungsplanverordnung gelten. Was wir in der Koalition miteinander verabredet haben, zählt. Bezüglich der Vorgaben ab dem Schuljahr 2017/18 geht es darum, wie wir mit den bis jetzt bestandsfähigen Schulen umgehen. Kommt es zu einer zweiten Schließungs- oder Gefährdungswelle? Wir suchen dabei nach haushaltsneutralen Umsetzungsmöglichkeiten. Mit der Unterstellung, wir würden einen Grundschulverband so sehen, dass es - wie jetzt - Schulstandorte mit Außenstellen gibt, irren Sie. Der Grundschulverband ist eine ganz eigenständige Idee. Hierbei geht es darum, einen Grundschulverband mit gleichrangigen Schulleiten als eigene Dienststelle zu führen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das kriegen Sie mit dem Personal gar nicht hin! Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

Auch da wird es Vorgaben für Mindestschülerzahlen geben. Ich schlage Ihnen vor: Bevor Sie über das mögliche Konzept, über das wir noch sprechen werden - auch in der Koalition -, philosophieren, warten Sie erst einmal ab, bis wir den Vorschlag unterbreiten.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Richtig! - Frau Bull, DIE LINKE: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

- Nein. - Im Übrigen: Wir stellen 370 Lehrer pro Jahr ein. Das wurde vergessen.

(Zuruf von der LINKEN: 370?)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollege Schröder. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir den Tagesordnungspunkt beenden. Er ist hiermit abgeschlossen. Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:**

Beratung

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 35. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete - **Drs. 6/3274**

Gemäß § 45 unserer Geschäftsordnung findet in jeder im Terminplan festgelegten Sitzungsperiode eine Fragestunde statt. Ich rufe auf die **Frage 1**. Fragestellerin ist die Abgeordnete Frau Tiedge. Ihre Frage betrifft die **Kameraüberwachung in Burg**.

Frau Tiedge (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ab 10. Juni 2014 beabsichtigt die Polizei in Burg den öffentlichen Raum in der Stadt durch ein festinstalliertes Kamerasystem zu überwachen. Davon sollen hauptsächlich die Schartauer Straße und das Gebiet rund um das Polizeirevier in der Bahnhofstraße betroffen sein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen macht es sich erforderlich, Teile des öffentlichen Raumes in der Stadt Burg durch ein festinstalliertes Kamerasystem zu überwachen?
2. Wer trägt in welcher Höhe die Kosten für diese Maßnahme wie Kameraanschaffung, Anbau, Installation, Wartung, Betreuung usw.?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Kollegin Tiedge. - Die Antwort der Landesregierung erteilt der Minister für Inneres und Sport Holger Stahlknecht.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Tiedge, namens der Landesregierung beantworte ich Ihre Fragen wie folgt.

Zu Ihrer ersten Frage: Auf der Grundlage vorliegender Lageerkenntnisse hat der Polizeipräsident der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt-Nord zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten die offene Beobachtung und Aufzeichnung mittels Bildübertragung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über Sicherheit und Ordnung für die Gedenkstätte

für sowjetische Gefallene im Zweiten Weltkrieg in Burg angeordnet.

Bei der Gedenkstätte für sowjetische Gefallene im Zweiten Weltkrieg handelt es sich um eine Stätte, die sich zentrumsnah, sozusagen inmitten der Stadt Burg befindet. Die Stätte ist parkähnlich angelegt und ca. einen halben Hektar groß. Angrenzend befindet sich der Goethepark, der die Achse zwischen dem Stadtzentrum und dem Bahnhof bildet und aufgrund dessen stark frequentiert wird. Unmittelbar an der Gedenkstätte befindet sich die Schwimmhalle, die tagsüber vor allem durch Kinder besucht wird.

In der Vergangenheit war eine Häufung von politisch motivierten Straftaten mit erheblichem öffentlichen Interesse insbesondere an der Gedenkstätte für gefallene sowjetische Soldaten festzustellen. Die Besonderheit hier ist der aufgestellte russische Panzer T 34 in Verbindung mit den an einer Mauer angebrachten Namensteilen Gefallener. Diese Gedenkstätte wird zunehmend dazu benutzt, um politische Gesinnungen und Einstellungen darzustellen und sich propagandistisch zu profilieren. Das geschieht meist durch Parolen, die entweder direkt an den Panzer, dessen Sockel oder an den Gedenktafeln angeschmiert werden.

Allgemeine Schwerpunktzeiten der bisher festgestellten Schmierereien bilden unter anderem die Tage 20. April - aus historischem Bezug heraus -, 26. April und 17. Juni oder Zeiten, zu denen sich die extremen rechten und teilweise auch linken politischen Lager in Burg intensiv miteinander und gegeneinander auseinandersetzen.

In der jüngeren Vergangenheit ist die Gedenkstätte, vor allem der Panzer, bereits häufiger Gegenstand von Schmierereien geworden. Im Jahr 2014 kam es bereits zu insgesamt fünf Sachbeschädigungen, die durch das Polizeirevier Jerichower Land durch Anzeigen erfasst wurden, von denen aber nicht alle politisch motiviert waren.

Diese seit Februar andauernde Straftatenserie kann verschiedenen Tätergruppierungen zugeordnet werden. Letztmalig ist am 24. Mai 2014 die Gedenkstätte mit einem nichtpolitischen Inhalt beschmiert worden. Darüber hinaus sind im Nachgang der Enthüllung zweier Gedenktafeln am 28. Mai 2014 mit Kerzen und abgelegtem Blumenschmuck diese durch Vandalismus unmittelbar danach wieder zerstört worden. Die Tafeln sind bereits am 29. Mai 2014 durch den Stadtbauhof Burg aus Gründen der Sicherheit abmontiert worden.

Besondere Beachtung galt einer durch die russische Botschaft initiierten Kranzniederlegung am 28. Mai 2014. Bei dieser versuchten drei Mitglieder der örtlichen linken Szene durch Ausrollen eines Transparentes zur Ukraine-Krise zu stören, was aber durch die eingesetzten Kräfte verhindert wurde.

Die in diesem Jahr bereits registrierten politisch motivierten Sachbeschädigungen, auch Graffiti, im Stadtgebiet von Burg stützen die Prognose, dass bei den Straftaten im Stadtzentrum das Niveau des Jahres 2013 erreicht wird. Auch die in diesem Jahr an der Gedenkstätte registrierten Straftaten haben das Vorjahresniveau bereits um ein Deutliches überschritten.

Zur Hebung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung und um den berechtigten Schutz dieser Gedenkstätte - auch aufgrund unserer historischen Verantwortung - zu gewährleisten, stellt die Videoüberwachung neben anderen präventiven Maßnahmen - Fußstreifen, auch jetzt durch Regionalbereichsbeamte - ein geeignetes Mittel zur Abschreckung und Verdrängung der Täter dar.

Auf der Grundlage vorliegender Lagekenntnisse hat der Polizeipräsident der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt-Nord zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten die Verlängerung der offenen Beobachtung und Aufzeichnung mittels Bildübertragung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 des von mir bereits zitierten SOG angeordnet, und zwar auch in der Schartauer Straße, der Fußgängerzone.

Die Schartauer Straße erstreckt sich, beginnend am Gummersbacher Platz, über den Magdalenenplatz bis zum Markt. Die Örtlichkeit ist geprägt von Einzelhandelsgeschäften, Gastronomiegewerbe sowie Geldinstituten. Es handelt sich um einen für die Stadt Burg stark frequentierten Bereich. Unweit vom Gummersbacher Platz befindet sich die Diskothek Big Ben, in deren Umgebung es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Gewaltstraftaten gekommen ist.

Besonders der Abschnitt zwischen Magdalenenplatz und Gummersbacher Platz ist seit Jahren ein Schwerpunkt polizeilichen Handelns. Vor allem Straftaten wie Körperverletzung und Sachbeschädigung durch Graffiti waren dort festzustellen. Im Jahr 2013 sind für den Bereich Schartauer Straße, Magdalenenplatz und Gummersbacher Platz 152 Straftaten angezeigt worden. 36 Strafanzeigen bezogen sich auf Diebstahl in besonders schwerem Fall.

Besonders erwähnenswert sind die Sprengung eines Geldautomaten der Commerzbank am Magdalenenplatz und der Einbruch in ein Geschäft ebenfalls am Magdalenenplatz mit einem Gesamtschaden von mehreren Zehntausend Euro.

Des Weiteren sind 32 Sachbeschädigungen, oftmals durch Graffiti, angezeigt worden. Hier muss von einer weit größeren Anzahl von Straftaten ausgegangen werden, da sich aufgrund der Vielzahl von Straftaten im Innenstadtbereich bei der Bevölkerung, insbesondere aber bei den Einzelhändlern, eine Resignation eingestellt hat, sodass Sachbeschädigungsdelikte durch Graffiti leider nur noch selten angezeigt werden. Weiterhin sind

sechs Anzeigen wegen Bedrohung oder Beleidigung aufgenommen worden.

Die Lage der Diskothek Big Ben hat ebenso Auswirkungen auf die Schartauer Straße, da Personen, die die Diskothek am Samstag- oder Sonntagmorgen verlassen, häufig ihren Heimweg durch die Schartauer Straße antreten und damit massive Sachbeschädigungen und Verunreinigungen - ohne das näher zu konkretisieren - begehen.

In Burg existieren eine sehr aktive linke und eine sehr aktive rechte Szene. Zwischen diesen sind oftmals Auseinandersetzungen in der Schartauer Straße zu verzeichnen. Verbale Attacken sind bei einem zufälligen oder gesuchten Aufeinandertreffen an der Tagesordnung. Oftmals sind Beleidigungs- und Körperverletzungsdelikte die Folge. Dabei werden diese Delikte kaum angezeigt. Hinweise erfolgen entweder durch Anwohner oder eigene Feststellungen.

Weiterhin ist der Bereich durch das massive Aufbringen von politischen Losungen oder Parolen gekennzeichnet. Im Jahr 2012 kam es im Bereich der Schartauer Straße teils zu erheblichen Schmierereien mit politischem Hintergrund.

In diesem Zusammenhang sind auch Sachverhalte zu sehen, bei denen von Personen des rechten Spektrums die Schartauer Straße als Aufzugsterain genutzt worden ist. Mehrfach gab es Mitteilungen, wonach mehr als zehn vornehmlich schwarz gekleidete Personen rechte Parolen skandierend durch die Schartauer Straße ziehen.

Im April des letzten Jahres konnten ca. 15 Personen festgestellt werden, die sich zunächst der Kontrolle durch die Polizeibeamten entzogen. Nur mit dem Einsatz von Unterstützungskräften war es möglich, zumindest Teilen dieser Gruppe habhaft zu werden.

Das unverhohlene Auftreten beider politischer Szenen im Zentrum von Burg führt zu einer massiven Verunsicherung der Bevölkerung und bei den Gewerbetreibenden.

Im Jahr 2013 kam es auf dem Gummersbacher Platz im Zuge einer Personenüberprüfung zu einem tätlichen Angriff auf zwei Polizeibeamte, wobei einer der Beamten mittels einer Sektflasche durch einen Schlag auf den Kopf niedergestreckt worden ist. Nur glücklichen Umständen ist es zu verdanken, dass es zu keinem schwerwiegenden körperlichen Schaden bei dem Polizeibeamten kam.

Es ist zu erwarten, dass sich auch in diesem Jahr die beschriebenen Personengruppen in den Abend- und Nachtstunden im Bereich der Schartauer Straße aufhalten. Teilweise ist es mit einem Risiko verbunden, zu dieser Zeit mit nur einem Streifenwagen in diesem Bereich tätig zu werden.

Zu Ihrer zweiten Frage. Die Kameraausrüstung wurde aus dem technischen Bestand des Technischen Polizeiamtes gestellt und umfasst fünf Kameras im Wert von je 1 000 € sowie zwei Kameras im Wert von je 1 500 €. Die Installation erfolgte durch Mitarbeiter des Technischen Polizeiamtes. Die Wartung und die Instandhaltung werden ebenfalls durch das Technische Polizeiamt ohne Fremdvergabe erfolgen. Der laufende Betriebsaufwand für Strom wird von der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt-Nord getragen. - Herzlichen Dank.

Präsident Herr Gürth:

Gibt es Nachfragen? - Kollege Striegel.

Herr Striegel (GRÜNE):

Herr Minister Stahlknecht, ich habe jetzt eine Menge über die Stadtgeografie von Burg gelernt.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Das ist gut so.

Herr Striegel (GRÜNE):

Herzlichen Dank. - Mir ist noch nicht klar geworden, was das Stadtgebiet von Burg bezüglich der Kriminalitätsbelastung von anderen Städten im Land unterscheidet. Sie haben auf ein paar Punkte verwiesen, wo es tatsächlich ein Stück weit eine Besonderheit gibt. Aber ansonsten ist das, was Sie beschrieben haben, für viele Gebiete im Land zutreffend. Wir beide sind uns vermutlich darüber einig, dass es hilfreich wäre, an dieser Stelle mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einsetzen zu können.

Meine Frage ist: Heißt das im Umkehrschluss, dass Sie mehr Videoüberwachung an all den anderen Kriminalitätsschwerpunkten in diesem Land haben wollen, in denen es eine ähnliche Lage wie in Burg gibt?

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Herr Striegel, das, was Sie mich jetzt fragen, haben wir alles schon einmal diskutiert. Wir haben gesagt: Dort, wo besondere Kriminalitätsschwerpunkte oder Orte einer Erinnerungskultur sind - diesen Bereich habe ich Ihnen genannt -, die geschändet werden könnten - das passiert hier -, wollen wir mittels Videoüberwachung präventiv tätig werden und gleichzeitig die Chance nutzen, auch Täter zu ermitteln.

Da sich nicht in jeder Stadt in diesem Land - soweit ich weiß - ein sowjetischer Ehrenfriedhof befindet, wird das auch nicht in jeder Innenstadtlage der Fall sein. Es wird auch nicht - um dieser Meinung vorzubeugen - in jeder Innenstadt dieses

Landes ein Geldautomat in die Luft gesprengt. So weit sind wir Gott sei Dank noch nicht.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Weitere Nachfragen sehe ich nicht.

Ich rufe **Frage 2** auf, die vom Abgeordneten Jan Wagner zu dem Thema **Fahrraddiebstähle in Sachsen-Anhalt** gestellt wird.

Herr Wagner (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine jüngst veröffentlichte Studie des Online-Magazins „geld.de“ zu Fahrraddiebstählen in Deutschland bestätigt den Trend, den auch die Kriminalstatistik Sachsen-Anhalt zuletzt aufzeigte, dass die Zahl der Diebstähle von Fahrrädern überproportional steigt. Polizei und Verkehrsverbände empfehlen, als ersten Schritt hinreichend viele Radabstellanlagen zu installieren, an welchen Räder zumindest mit dem Rahmen gesichert werden können. Durch Änderungen in der Landesbauordnung verpflichtet sich das Land, den Empfehlungen zu Radabstellanlagen Folge zu leisten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen verkehrstechnischer Art plant die Landesregierung, um die Zahl der Fahrraddiebstähle substanziell zu verringern?
2. Welche Maßnahmen bautechnischer Art jenseits der Errichtung von Abstellanlagen bei Neubauten plant die Landesregierung, um die Zahl der Fahrraddiebstähle substanziell zu verringern?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Die Antwort der Landesregierung gibt Herr Minister Thomas Webel.

Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Abgeordneter Wagner, namens der Landesregierung kann ich Ihnen zur Thematik der Bekämpfung von Fahrraddiebstählen in unserem Land folgende Informationen geben und damit auch Ihre Fragen beantworten.

Um eine Reduzierung von Fallzahlen zu Fahrraddiebstählen herbeizuführen, unternimmt die Polizei repressive und kriminalpräventive Maßnahmen. So wurde beispielsweise gemäß Beschluss der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder die bundeseinheitliche Codierung von Fahrrädern als ein Mittel zur Bekämpfung von Fahrraddiebstählen auch im Land Sachsen-Anhalt umgesetzt. Hierfür wird ein individueller Code in den Fahrradrahmen graviert. Dieser Code dient

neben der Rahmennummer als zusätzliches Mittel der polizeilichen Fahndung und der Eigentümerzuordnung von nach Diebstahlshandlungen wieder aufgefundenen Fahrrädern.

Zudem werden neben den Codierungsmaßnahmen in den Zuständigkeitsbereichen der drei Polizeidirektionen im Land Sachsen-Anhalt regelmäßig und zielgerichtet polizeiliche Fahrradkontrollen durchgeführt, um Fahrraddiebstähle aufzuklären und zu verhindern.

Die Frage nach von der Landesregierung geplanten Maßnahmen verkehrstechnischer Art muss leider negativ beantwortet werden. Verkehrstechnische Anlagen sind zum Beispiel die Anlagen zur Verkehrssteuerung auf Autobahnen sowie Lichtsignalanlagen an Straßen. Die Verhinderung von Fahrraddiebstählen durch Maßnahmen verkehrstechnischer Art respektive durch verkehrstechnische Anlagen ist nach derzeitigem Stand der Technik nicht möglich.

Zur Frage nach den Maßnahmen bautechnischer Art ist anzuführen, dass bei jeder großen Baumaßnahme an landeseigenen Liegenschaften sowie bei umfassenden Umgestaltungen von Außenanlagen die Problematik des Abstellens von Fahrrädern berücksichtigt wird. Bei umfriedeten Liegenschaften wird als bauliche Maßnahme ein überdachter Fahrradständer in der erforderlichen Größe errichtet. Bei innerstädtischen Neubauten des Landes, zum Beispiel dem Finanzamt Halle, bei denen in der Regel nur begrenzt Außenflächen zur Verfügung stehen, ist ein abschließbarer Fahrradabstellraum geplant.

Sehr geehrter Herr Wagner, die Fragen, die die Landesbauordnung betreffen, haben wir in der Antwort auf die Kleine Anfrage in Drs. 6/8253 - Berücksichtigung von Radabstellanlagen bei der Errichtung oder Sanierung landeseigener Liegenschaften und Baumaßnahmen - hinreichend beantwortet. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister Webel. - Es gibt eine Nachfrage des Abgeordneten Wagner. Bitte schön.

Herr Wagner (DIE LINKE):

Herr Minister, es ist richtig, dass Sie diese Fragen beantwortet haben. Deshalb bin ich explizit auf die Landesbauordnung eingegangen. Nicht umsonst fragte ich mit meiner zweiten Frage, was jenseits der Errichtung von Neubauten getan wird.

Meine konkrete Nachfrage: Was plant die Landesregierung jenseits der Neubauten und jenseits der Verpflichtungen in der Landesbauordnung, um

über bautechnische Maßnahmen die Anzahl der Fahrraddiebstähle zu verringern? - Das, was Sie jetzt gesagt haben, war in der Tat nichts anderes, als die Antwort auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung noch einmal mündlich vorzutragen.

Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Herr Wagner, ich habe hier für die Landesregierung geantwortet. 99 % der Frage betrafen das Innenministerium und das Finanzministerium, 1 % betraf das Verkehrsministerium und das Bauministerium.

(Zuruf von Herrn Wagner, DIE LINKE)

Ich habe Ihnen die Maßnahmen genannt, die das Finanzministerium derzeit plant. Weitere Maßnahmen sind nicht vorgesehen.

Präsident Herr Gürth:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht.

Ich rufe **Frage 3** auf, gestellt von der Abgeordneten Frau Hohmann. Es geht um die **Unterrichtsorganisation in der Sekundarschule und im Sekundarschulzweig der kooperativen Gesamtschule ab Schuljahr 2014/2015**.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Für das Schuljahr 2014/2015 sind verschiedenste Maßnahmen zur Einsparung von Lehrerstunden zu erwarten. So sollen unter anderem Veränderungen bei der Klassenneubildung erfolgen.

Nach Aussagen der Landesregierung verzeichnen die Sekundarschulen im Land eine stetige Zunahme von Schülern und Schülerinnen im gemeinsamen Unterricht. Die Festlegungen zur Klassenneubildung enthalten unter anderem die Anhebung der Obergrenzen der Schülerzahlen für Klassen mit gemeinsamem Unterricht.

Ich frage die Landesregierung:

Mit welcher Bedarfsminderung bezüglich Lehrerstunden rechnet die Landesregierung hinsichtlich der veränderten Klassenobergrenzen im gemeinsamen Unterricht im Schuljahr 2014/2015?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet der Kulturminister Herr Dorgerloh.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hierbei geht es um das Spezialthema der Klassenbildung und der Klassenobergrenzen im

gemeinsamen Unterricht für das kommende Schuljahr.

(Frau Bull, DIE LINKE: Sekundarschule ist doch keine Spezialschule!)

Ich möchte voranstellen, dass die Vorbereitungen zur Unterrichtsversorgung eines neuen Schuljahres in der Verwaltung einen Vorlauf von mehreren Monaten haben. Im Ergebnis dieser aufwendigen Vorbereitungsphase werden in jedem Jahr Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung landesweit, regional und schulkonkret, wie die Abordnung von Lehrkräften, vollzogen.

Mit Bezug auf die Sicherung der Unterrichtsversorgung an den Sekundarschulen im neuen Schuljahr sind auch mit Blick auf eine stetige Zunahme der Zahl von Schülerinnen und Schülern im gemeinsamen Unterricht, wie in der Frage richtigerweise bemerkt, verschiedene Maßnahmen eingeleitet worden.

Dafür war es notwendig, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die dieser besonderen Herausforderung gerecht werden. Neben der Zuweisung von in der Regel zwei Stunden sonderpädagogischer Kompetenz je Schülerin oder Schüler im gemeinsamen Unterricht gemäß Runderlass des MK vom 20. Juli 2005 - Hinweise zur Organisation des gemeinsamen Unterrichts - wurde die Regelung getroffen, diese Schülerinnen und Schüler nicht in Klassen mit Höchstschülerzahlen zu beschulen.

Die Höchstschülerzahl für die Klassenbildung wird deshalb um die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf gesenkt. Dies kann zur Bildung von zusätzlichen Klassen führen. Die entsprechende Regelung wurde in Nr. 13.1.1 des Runderlasses des MK vom 10. Mai 2010 - Die Arbeit und Unterrichtsorganisation in der Sekundarschule - getroffen.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass es an einzelnen Schulen mit geringen Schülerzahlen zu Klassenbildungen kam, die nicht in jedem Fall wirtschaftlich vertretbar und pädagogisch sinnvoll sind. So führten zum Beispiel bei einer Gesamtschülerzahl von 25 Schülerinnen und Schülern im Jahrgang vier Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zur Bildung von zwei Klassen mit Klassenstärken von zwölf und 13 Schülerinnen und Schülern.

Dabei ist völlig offen, wie sich die GU-Schüler auf diese Klassen verteilen. Es kann also auch der Fall auftreten, dass in einer dieser Klassen mit der eben dargestellten Schülerzahl gar keine GU-Schüler sind. Dies entspricht nicht dem eigentlichen Ziel der Inklusion und lässt sich in Zeiten knapper Ressourcen schlecht vermitteln.

Für das Schuljahr 2014/2015 wurde deshalb mit dem Schulleiterbrief vom 11. Juni 2014 unter

Nr. 3.4 für Schuljahrgänge mit einer tatsächlichen Schülerzahl von weniger als 29 die Regelung getroffen, die zusätzliche Klassenbildung auf die Fälle zu beschränken, die eine durchschnittliche Klassenstärke von mehr als 14 im jeweiligen Schuljahrgang erreichen. Wird diese Klassenstärke nicht erreicht, erfolgt zur Lerngruppenbildung eine Stundenzuweisung im Umfang von 15 Stunden im 5. und 6. Schuljahrgang, von zwölf Stunden im 7. Schuljahrgang, von elf Stunden im 8. Schuljahrgang und von 13 Stunden im 9. und 10. Schuljahrgang.

Bei besonderen Bedarfslagen kann die Schule beim Landesschulamt zusätzliche Stunden beantragen. Das Landesschulamt entscheidet unter Berücksichtigung der konkreten Förderbedingungen und der Stunden, die für den gemeinsamen Unterricht zur Verfügung gestellt werden. Diese Regelung stellt sicher, dass jeder Fall individuell betrachtet wird und keine besonderen Härten entstehen.

Es trifft also nicht zu, dass die Obergrenzen der Schülerzahlen für Klassen im gemeinsamen Unterricht pauschal angehoben wurden. Vielmehr werden zusätzliche Klassenbildungen auf ein pädagogisch und wirtschaftlich vertretbares Maß beschränkt und in jedem begründeten Einzelfall auch ermöglicht.

Deswegen muss man auf Folgendes noch einmal deutlich hinweisen: Zum Stichtag wurden 18 Klassen gemäß Runderlass des MK vom 10. Mai 2010 - Die Arbeit und Unterrichtsorganisation in der Sekundarschule - zusätzlich gebildet. 19 Klassen wurden nicht zusätzlich gebildet. Den Schulen wurden die angegebenen Lerngruppenstunden zugewiesen.

Derzeit liegt dem Landesschulamt der Antrag einer Schule für eine Ausnahme zur Klassenbildung vor und wird derzeit geprüft.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD, und von Herrn Schröder, CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. - Es gibt eine Nachfrage von Kollegin Hohmann.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Herr Minister, wenn Sie sagen, dass es zu keiner Verschlechterung des gemeinsamen Unterrichts kommt, frage ich noch einmal nach, warum diese Veränderungen gerade in Nr. 13.1.1 noch einmal neu aufgeführt wurden.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Um zu sinnvollen Klassenbildungen zu kommen und um dieses Instrument nicht zu missbrauchen, um zu kleine Klassen zu bilden.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Wie viele Missbrauchsfälle sind Ihnen denn bekannt? Ich meine, Sie unterstellen, es gibt Missbrauchsfälle.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Nein.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Hierbei geht es um Schulen, die in Sorge sind, weil sie nach der neuen Verordnung weniger Stunden zur Verfügung gestellt bekommen und auch weniger aufteilen können. Wir haben bereits jetzt einen stetigen Zuwachs von Schülerinnen und Schülern im gemeinsamen Unterricht. Mehr als 50 % der zwei Stunden, die Sie nannten, werden von Sekundar- und Grundschullehrern abgehalten und nicht mehr nur von Förderschullehrerinnen. Es kommt zu einer weiteren massiven Verschlechterung. Deshalb lautete meine Frage: Wie viele Lehrerstellen sparen Sie hiermit ein? Denn ansonsten hätten Sie den Erlass nicht in der Art und Weise formuliert.

Herr Dorgerloh, Kultusminister:

Hierbei geht es nicht um eine missbräuchliche Nutzung; bisher war das regulär möglich. Wir haben festgestellt, zu welchen Effekte das führt. Wir haben festgestellt, dass diese Effekte weder wirtschaftlich sinnvoll noch pädagogisch gewünscht sind. Vielmehr stellen wir fest, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht an der Sekundarschule ankommen. Das ist gewünscht und das wird auch mit Förderstunden abgedeckt. Aber dieser Umstand darf nicht zu Klassenbildungen führen, die aus unserer Sicht nicht sinnvoll sind.

Deswegen haben wir diese Regelung verändert. Angesichts der Fülle der Klassen an den Sekundarschulen hat diese Regelung eine sehr eingeschränkte Auswirkung. Ich glaube, es ist nach wie vor sinnvoll, auch im gemeinsamen Unterricht Klassenbildungen mit 14 Schülern und mehr zu realisieren, die wirtschaftlich und pädagogisch sinnvoll zu vertreten sind.

Wie viele Klassen das im Einzelnen betrifft, wird man zu Beginn des neuen Schuljahres sehen. Dann werden uns die Rückmeldungen aus den Schulen vorliegen und dann können wir sehen, welche Klassenbildungen erfolgt sind. Dies bereits jetzt zu quantifizieren, ist noch ein bisschen früh.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. - Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6 - Fragestunde - ab.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gestatte mir zwei Zwischenbemerkungen. Erstens. Ich habe festgestellt, dass wir auf der Besuchertribüne sehr viel besser als früher zu hören sind. Ob wir auch zu verstehen sind, wird die Zukunft zeigen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Zweitens. Ich bedanke mich ganz herzlich für die freundliche und beinahe liebevolle Begleitung in das statistisch gesehen letzte Lebensviertel.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Zustimmung von Frau Niestädt, SPD, von Herrn Schröder, CDU, und von Frau Bull, DIE LINKE)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Zweite Beratung**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz**

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/2721**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - **Drs. 6/3243**

Die erste Beratung fand in der 59. Sitzung des Landtages am 30. Januar 2014 statt. Berichtstermin des Ausschusses ist Frau Brakebusch. Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Frau Brakebusch, Berichtstermin des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz ist in der 59. Sitzung des Landtages am 30. Januar 2014 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen worden.

Die erste Beratung im Landwirtschaftsausschuss fand in der 34. Sitzung am 19. Februar 2014 statt.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt trug vor, das Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz sei notwendig geworden, da die bestehenden Regelungen zu den Beihilfezahlungen für die Tierkörperbeseitigung zum 31. Dezember 2013 ausliefen. Mit diesem Gesetzentwurf werde vorgeschlagen, eine Verlängerung dieser Regelungen bis zum 31. Dezember 2014 vorzusehen, damit die Beihilfezahlungen für die Tierkörperbeseitigung weiterhin ermöglicht würden.

Weiterhin solle mit dem Gesetzentwurf die Regelung zur Kostenbeteiligung der Landkreise und kreisfreien Städte an der Tierkörperbeseitigung aufgehoben werden, da diese nur bis zum 30. Juni 2010 tatsächlich an den Kosten beteiligt gewesen seien. Die Regelung zur Abrechnung der Tierseuchenkasse mit den Landkreisen und kreisfreien Städten sei damit obsolet und könne aufgehoben werden.

Am Ende der ersten Beratung kam der Ausschuss überein, vor der Beschlussfassung eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Die Anhörung fand in der 35. Sitzung am 12. März 2014 statt. Dazu waren die Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt, der Bauernverband, der Deutsche Bauernbund und der Landkreistag eingeladen.

An die öffentliche Anhörung schloss sich eine weitere Beratung zum Gesetzentwurf an, in der die Befristung der Beihilfegewährung für die Tierkörperbeseitigung im Fokus stand.

Die Koalitionsfraktionen äußerten die Meinung, dass der Entsorgungsvertrag, der noch bis zum Jahr 2018 gültig sei, Bestand haben sollte. Gleichwohl müssten Überlegungen hinsichtlich einer Vertragsgestaltung nach dem Jahr 2018 angestellt werden.

Seitens der Fraktion DIE LINKE wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die von der EU für Mitte 2014 in Aussicht gestellte Verlängerung der Rahmenregelung der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor bis zum Jahr 2020 bei der Erarbeitung der Beschlussempfehlung berücksichtigt werden solle. Die Fraktion DIE LINKE plädierte dafür, den Zeitraum bis zum Auslaufen des Vertrages im Jahr 2018 zu nutzen, um das weitere Vorgehen des Landes im Bereich der Tierkörperentsorgung zu diskutieren.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN regte an, eine Anhörung des derzeit in Sachsen-Anhalt tätigen Entsorgungsunternehmens im Ausschuss durchzuführen, um einen Vergleich zu Niedersachsen in Erfahrung zu bringen. Dieser Vorschlag fand im Ausschuss keine Mehrheit.

Die vorläufige Beschlussempfehlung wurde in der 36. Sitzung am 9. April 2014 erarbeitet. Dazu lagen dem Ausschuss neben den Stellungnahmen aus der Anhörung die Synopse des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des Landtages mit rechtsförmlichen Änderungsempfehlungen sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vor.

Der Änderungsantrag bezog sich auf § 3 Abs. 3 und sah die Änderung der Jahreszahl von 2014 auf 2018 vor. Die Koalitionsfraktionen begründeten die Änderung damit, dass die ordnungsgemäße Beseitigung tierischer Nebenprodukte ein wichtiger Bestandteil der Seuchenvorsorge ist.

Das Land Sachsen-Anhalt unterstützt Tierhalter hierbei, um das Maß der Gebühren auf einem vertretbaren Niveau zu halten, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Kosten für die Beseitigung tierischer Nebenprodukte, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt, in unserem Land bereits relativ hoch sind.

Das Gesetz soll nunmehr, nachdem die EU eine Verlängerung ermöglicht hat, bis zum Ende des derzeit geltenden Beseitigungsvertrages eine Beihilfe ermöglichen.

Der Ausschuss stimmte dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu dem Gesetzentwurf mit 9 : 0 : 1 Stimmen zu.

Der Ausschuss empfahl dem mitberatenden Ausschuss für Finanzen mit 7 : 0 : 3 Stimmen, den Gesetzentwurf in der geänderten Fassung zu beschließen.

Der Ausschuss für Finanzen hat sich in der 63. Sitzung am 28. Mai 2014 mit dem Gesetzentwurf befasst. Er empfahl, die Jahreszahl 2018 auf die Jahreszahl 2014 zu ändern.

Die abschließende Beratung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten fand in der 39. Sitzung am 20. Juli 2014 statt. Der Ausschuss sprach sich als Fachausschuss dafür aus, an der vorgeschlagenen Verlängerung der Gewährung der Beihilfen durch die Tierseuchenkasse bis zum Jahr 2018 festzuhalten.

Im Ergebnis der Beratungen liegt die Beschlussempfehlung an den Landtag vor. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt im Benehmen mit dem Ausschuss für Finanzen, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zu beschließen. Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussempfehlung mit 8 : 0 : 1 Stimmen zu. Im Namen des Ausschusses bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung zu dieser Beschlussempfehlung. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Brakebusch. - Die Landesregierung verzichtet auf einen Redebeitrag. Wir treten ein in die vereinbarte Dreiminutendebatte. Als erster Redner spricht für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Krause. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Unser Standpunkt - um das noch einmal herauszustellen - ist der, dass der Seuchenschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Das hatten wir bereits in der Debatte Ende Januar 2014 betont.

In diesem Sinne sprechen wir uns auch ganz entschieden für die Beibehaltung der Beihilfen für die Beseitigung der tierischen Nebenprodukte aus. Wenn das Land nun bis zum Jahr 2018 diesbezüglich in der Pflicht steht, ist das erst einmal gut so. Wir haben darum kein Problem, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Gestatten Sie mir dennoch eine kleine Anmerkung zu unserer Ausschussdebatte, die wir bereits im Februar 2014 führten. Von allen Fraktionen wurde kritisch eingeschätzt, dass Sachsen-Anhalt wesentlich schlechtere Konditionen mit dem Entsorger ausgehandelt hat, als es zum Beispiel in unseren Nachbarländern der Fall ist.

Aus den Reihen der CDU war sogar die Frage aufgeworfen worden, ob eine Vertragsaushandlung zulasten eines Dritten, also zulasten der Landwirte, eventuell rechtswidrig sei. Oder anders: Nicht allein, dass das Land mit dem Entsorger SecAnim einen Vertrag aushandelt, für den dann die Landwirte geradestehen müssen - nein, die ausgehandelten Konditionen sind dann auch in einzelnen Positionen um teilweise 300 % höher als in den Nachbarländern. - Das stieß bei allen Fraktionen auf Unverständnis.

Umso größer war dann wieder die Ernüchterung bei uns, als die Koalitionsfraktionen wider ihre eigene Argumentation einfach nicht über den Schatten springen konnten und einen Antrag von uns ablehnten, der die Landesregierung veranlassen sollte, im Rahmen einer gesetzlichen Gleitklausel mit dem Entsorger in Verhandlungen einzutreten, um bessere Konditionen zu erwirken, die zumindest nicht mehr den Geruch von Sittenwidrigkeit haben sollten. Aber, meine Damen und Herren, Ihr Opportunismus kennt eben keine Grenzen.

Ganz nebenbei bemerkt: Ich verstehe auch nicht, dass der Landesbauernverband hierbei so ruhig bleibt. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Krause. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Barth. Bitte schön, Herr Barth.

Herr Barth (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Brakebusch als Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses hat im Wesentlichen die Genese dieses Gesetzentwurfes geschildert. Ich möchte an dieser Stelle nur noch auf drei Punkte hinweisen, warum wir uns letztlich dazu entschlossen haben, entgegen der Empfehlung aus dem Finanzausschuss diesen Vertrag bis zum Jahr 2018 gelten zu lassen.

Erster Punkt. Der Vertrag wurde geschlossen ohne die Mitwirkung der Betroffenen, das heißt ohne die Bauern. Das Land hat sozusagen den Vertrag mit den Entsorgungsfirmen selbst ausgehandelt. Inwieweit es diesbezüglich seitens des Ministeriums Verfehlungen gab, kann ich als Außenstehender schlecht beurteilen.

Aber, Herr Krause, es ist nun einmal so: Verträge müssen eingehalten werden. Der Vertrag gilt bis zum Jahr 2018. Wir haben uns dazu verständigt, darüber neu zu verhandeln. Dann müssen wir sehen, wie das dann am besten funktioniert. Wir alle wissen, dass es hierbei eine Monopolstellung gibt. Wie man die aufricht - darüber haben wir diskutiert -, müssen wir schauen.

Zweiter Punkt. Die Entsorgungskapazitäten für einen Seuchenfall werden vorgehalten, für den das Land in der Verantwortung wäre. Diese Kapazitäten sind in den Entsorgungspreisen enthalten, sollten aber nach unserer Auffassung nicht den Tierhaltern aufgebürdet werden. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt; denn hiermit würden wir die Landwirte über Gebühr belasten.

Dritter Punkt. Die Entsorgung ist aufgrund der Herstellung des Tierkörpermehls erheblich teurer als eine thermische Verwertung. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass vor dem Auftreten von BSE Tierkörpermehl als Eiweißlieferant in der Tierfütterung eingesetzt wurde und die Anlagen daher auch Einnahmen erzielen konnten.

Hierbei stellt sich die Frage, ob die Herstellung von Tierkörpermehl überhaupt noch sinnvoll ist, wenn keine adäquate Verwendung mehr möglich ist. In der letzten Woche konnten wir lesen - zumindest das interessierte Publikum -, dass diese Regelung aufgeweicht werden soll. Wir müssen einmal schauen, wie das dann laufen soll. Dann müssen wir sehen.

Das waren die drei Gründe, die ich hier noch einmal anführen wollte. Ich denke, wir sollten dem Gesetz so zustimmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Kollegin Frederking. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Frau Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Gewährung von Beihilfen für die Beseitigung der Körper verendeter Tiere. Es geht um die Erstattung von 25 % der Kosten durch das Land. Diese Erstattung gilt heute und sie soll bis zum Ende des Jahres 2018 beibehalten werden.

Der Zeitpunkt Ende 2018 wurde deshalb gewählt, weil bis dahin der Vertrag mit dem Entsorgungsunternehmen SecAnim läuft. Diesen Vertrag hat das Land ausgehandelt. Das bedeutet, dass sich das Land für weitere fünf Jahren zu 25 % an den Kosten der Beseitigung beteiligen wird.

Für das Jahr 2014 sind in den Haushalt dafür Mittel in Höhe von 1,2 Millionen € eingestellt worden. Wenn man diesen Betrag auf fünf Jahre hochrechnet, kommt man zu dem Ergebnis, dass das Land bis zu 6 Millionen € für tote Tiere wird aufbringen müssen. Das ist viel Geld. 6 Millionen €, von denen keine Impulse ausgehen werden. 6 Millionen €, mit denen keinerlei Effekte oder besondere Entwicklungen erzielt werden. Öffentliches Geld in dieser Weise auszugeben ist nach unserer Meinung nicht sinnvoll; denn es wird immer zu entsorgende Tierkadaver geben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Herr Borgwardt, CDU: Oh! In jedem Bundesland ist das so!)

- Nein, es ist nicht in jedem Bundesland so. Schleswig Holstein macht das nicht

(Herr Borgwardt, CDU: Ja, da habt ihr wieder eines ausgesucht!)

und auch ein weiteres Bundesland nicht. - Deshalb müssen sich die landwirtschaftlichen Betriebe darauf einstellen - das gehört einfach zu ihrem Job -, dass Tierkadaver anfallen und beseitigt werden müssen. Das müssen sie in ihren Kalkulationen berücksichtigen. Das trägt dann auch zur Preiswahrheit bei den Endprodukten bei.

Wir hätten eine Verlängerung der Beihilfeerstattung um ein Jahr, so wie es die Landesregierung ursprünglich vorgeschlagen hatte, eher nachvollziehen können. So hätte die Landwirtschaft Zeit gehabt, sich auf neue Bedingungen einzustellen.

Wir wissen, dass Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den anderen Bundesländern bei den Kosten der Tierkörperbeseitigung im oberen Drittel liegt. Dafür gibt es mehrere Gründe. Einer der Gründe ist, dass die Firma SecAnim als einziger Anbieter die Entsorgungspreise relativ hoch angesetzt hat. Mit der 25-prozentigen Erstattung der Kosten für die Tierkörperbeseitigung subventioniert das Land quasi seinen eigenen suboptimal ausgehandelten Vertrag.

Ich habe im Ausschuss mehrmals darauf gedrängt, dass das Land zumindest versucht, mit der Beseitigungsfirma über die Möglichkeiten einer Reduzierung der Preise ins Gespräch zu kommen. Selbst das ist abgelehnt worden.

Die ordnungsgemäße Beseitigung von Tierkörpern zur Tierseuchenprävention und zur Tierseuchenbekämpfung darf nicht von Beihilfezahlungen abhängig sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für meine Fraktion ist es kein zulässiges Argument, dass Geld für die Einhaltung von Gesetzen gezahlt wird. Wir halten die Subventionierung der Tierkörperbeseitigung für weitere fünf Jahre und unter Umständen noch darüber hinaus für nicht sachgerecht und werden der Beschlussempfehlung nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Herr Daldrup. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Herr Daldrup (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt ein bisschen überrascht. Wenn wir hier über den Vertrag reden und über die Möglichkeit, mit der Firma SecAnim zu verhandeln, dann hätte ich den Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Vertrag auch einmal einzusehen.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Der Einzige, der den Vertrag eingesehen hat, nachdem die Landesregierung ihn zur Verfügung gestellt hat, war die CDU-Fraktion.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie reden also über etwas, das Sie gar nicht kennen.

(Herr Kurze, CDU: Oh! Das gibt es nicht! Das ist ein starkes Stück!)

Insofern bin ich an dieser Stelle schon ein bisschen überrascht.

Der zweite Punkt, der mich auch überrascht hat, ist die Feststellung, dass die Grünen offensichtlich in keiner Weise anerkennen, dass wir damit den Seuchenschutz in Sachsen-Anhalt wesentlich befördern und unterstützen. Das halte ich für dringend notwendig.

Wenn wir uns die Verbreitung der afrikanischen Schweinepest ansehen, die von Osten kommt, dann müssen wir uns darauf einstellen, dass wir unter Umständen auch zur Tat schreiten müssen. Wenn es dann keine Seuchenreserve gibt, wird das verdammt schwierig. Deswegen ist es vernünftig, dass wir das tun.

Ein dritter Punkt. Die öffentliche Hand hat mit Blick auf den Seuchenschutz und die Seuchenprävention durchaus ein Interesse daran, sich an den Kosten zu beteiligen. Denn die Entsorgungspflichtigen sind eigentlich die Kommunen und die Landkreise. Das Land hat diese Pflicht schon übernommen und die Kommunen davon entlastet.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Das halte ich für durchaus richtig. Das ist eine vernünftige Regelung. Aber - das muss man einmal sagen - an dieser Stelle hat die öffentliche Hand bzw. das Parlament als Vertreter der öffentlichen Hand die Pflicht, das vernünftig zu organisieren.

Die CDU-Fraktion hat bei der letzten Novelle darauf gedrängt, dass die Tierseuchenkasse in die zukünftigen Verhandlungen über die Entsorgung mit eingebunden wird. Darauf legen wir auch in Zukunft Wert. Wahrscheinlich muss das in noch viel stärkerem Maße erfolgen.

Wir haben jetzt sozusagen einen zeitlichen Puffer bis zu den nächsten Verhandlungen, in dem sich die Tierseuchenkasse, die Berufsverbände und die Tierhalter genau überlegen müssen, was sie tun, damit sich die Kosten nicht weiter erhöhen.

Die Schwierigkeit besteht wohl darin, dass die Firma SecAnim in Sachsen-Anhalt und eigentlich in Europa schon fast eine Monopolstellung hat. Außer in Niedersachsen und in Sachsen sind in diesem Bereich kaum andere Entsorgungsunternehmen tätig. Das ist die Schwierigkeit dabei.

Nach Einsicht in den Vertrag muss ich gestehen, dass es nicht ganz so einfach ist, mit dem Unternehmen zu verhandeln. Aber wir werden die Landesregierung dabei unterstützen, faire Verhandlungen zu führen und anschließend ordentliche Preise zu bekommen. - Ich bitte um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. Herr Kollege Daldrup, die Kollegin Frederking möchte Ihnen eine Frage stellen.

Herr Daldrup (CDU):

Ich habe es fast geahnt.

(Herr Schröder, CDU: Er hat sich schon gefreut!)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Frau Frederking (GRÜNE):

Ich habe keine Frage, sondern es ist eine Zwischenintervention.

(Oh! bei der CDU - Herr Schröder, CDU: Bleib mal trotzdem stehen!)

Herr Daldrup (CDU):

Auch das habe ich geahnt.

Frau Frederking (GRÜNE):

Ich möchte klarstellen, dass das nicht mein Vorschlag war. Sie können ja meinen, dass ich Ver-

träge einsehen muss. Ich habe im Ausschuss mehrmals, sowohl in der Sitzung im Februar als auch in der Sitzung im April, gesagt, dass die Landesregierung mit dem Unternehmen SecAnim in Kontakt treten solle, um zu schauen, ob Möglichkeiten vorhanden seien, die Preise zu reduzieren. Das war mein konkreter Vorschlag.

Wenn Sie mir jetzt hier irgendetwas aufschwätzen wollen, was ich hätte tun sollen,

(Oh! bei der CDU - Herr Kurze, CDU: Was?)

dann möchte ich das einfach zurückweisen.

Herr Daldrup (CDU):

Ich möchte darauf antworten.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Bitte.

Herr Daldrup (CDU):

Diese Intervention hätten Sie nicht getätigt, wenn Sie den Vertrag eingesehen hätten. Dann hätten Sie nämlich festgestellt, dass darin klare Regelungen für Preisanpassungen vereinbart sind und dass die Landesregierung natürlich ständig über das Landesverwaltungsamt mit dem Unternehmen im Gespräch ist. Insofern wäre es sehr sinnvoll und nützlich gewesen, wenn Sie es getan hätten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Damit haben wir die Debatte abgeschlossen. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren zu der Beschlussempfehlung in der Drs. 6/3243. Ich schlage vor, dass wir nach § 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung über die Beschlussempfehlung in ihrer Gesamtheit abstimmen. - Es scheint sich kein Widerspruch dagegen zu regen.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind Vertreter der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und der CDU. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Nein. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen worden.

Wir stimmen jetzt über die Gesetzesüberschrift ab. Sie lautet: Zweites Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz. Wer stimmt der Überschrift zu? - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, der SPD und der CDU. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist die Gesetzesüberschrift angenommen worden.

Wir stimmen jetzt über das Gesetz in seiner Gesamtheit ab. Wer stimmt dem Gesetz in seiner

Gesamtheit zu? - Das sind wieder die Fraktionen DIE LINKE, der SPD und der CDU. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das Gesetz beschlossen worden. Der Tagesordnungspunkt 7 ist erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Steuerberaterinnen und Steuerberater und zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/2922**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 6/3248**

Die erste Beratung fand in der 65. Sitzung des Landtages am 28. März 2014 statt. Berichterstatter des Ausschusses für Finanzen ist der Abgeordnete Herr Barthel. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Herr Barthel, Berichterstatter des Ausschusses für Finanzen:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde in der 65. Sitzung des Landtages am 28. März 2014 eingebracht und nach der ersten Lesung in den Ausschuss für Finanzen überwiesen.

Das Gesetz ist ein Artikelgesetz. In Artikel 1 wird das Gesetz über das Versorgungswerk der Steuerberaterinnen und Steuerberater geändert. Hiermit sollen die vom Steuerberaterversorgungswerk vorgeschlagenen Anpassungen umgesetzt werden. Schwerpunkt dabei ist die Anhebung der bisher geltenden Altersgrenze einer Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk vom 40. auf das 62. Lebensjahr.

Damit werden mit den Regeln des europäischen Sozialrechts nicht vereinbare Migrationshemmnisse abgebaut und der Tatbestand der Altersdiskriminierung vermieden.

In Artikel 2 wird der Beschluss der Staatssekretärskonferenz vom 10. Februar 2014 umgesetzt, der den Wunsch nach einer möglichst schnellen Klarstellung einer Auslegungsfrage zum Landespersonalvertretungsgesetz zum Ausdruck bringt. Durch die Korrektur der Zuordnung zu der Thematik Versetzung und Abordnung wird im Ergebnis klargestellt, dass auch dann, wenn eine übergeordnete Dienststelle in Bezug auf einen Beschäftigten oder eine Beschäftigte einer nachgeordneten Behörde eine Versetzung oder Abord-

nung verfügt, der bei dieser Dienststelle gebildete Stufenpersonalrat zu beteiligen ist.

Artikel 3 regelt das Inkrafttreten.

Der Ausschuss für Finanzen hat sich in der 65. Sitzung am 2. Juli 2014 mit dem Gesetzentwurf befasst. Ihm lag eine Synopse des GBD mit zu-meist redaktionellen Änderungen vor, die bereits im Voraus mit der Landesregierung abgestimmt worden waren.

Der Ausschuss nahm die Änderungsvorschläge an und erarbeitete die Ihnen in der Drs. 6/3248 vorliegende Beschlussempfehlung. Sie wurde vom Ausschuss einstimmig beschlossen. - Ich bitte um die Zustimmung des Hohen Hauses. Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Barthel. - Auch hierzu verzichtet die Landesregierung auf einen Redebeitrag. Wir eröffnen die Dreiminutendebatte. Es spricht zuerst der Kollege Herr Knöchel für die Fraktion DIE LINKE. Bitte, Herr Abgeordneter.

Herr Knöchel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viel ist dem, was Herr Barthel gesagt hat, nicht hinzuzufügen. Ich spreche dennoch zu dem Punkt, der die Altersversorgung durch das Steuerberaterversorgungswerk angeht; denn die Regelung, über die wir hier sprechen, stammt aus dem Jahr 2005. Der Wunsch der Steuerberaterkammer, dass wir das umsetzen, besteht seit dem Jahr 2009. Anfang des Jahres 2013 gab es dann die erste Befassung im Finanzausschuss und in diesem Jahr dann den Gesetzentwurf. Hierbei hätte man vielleicht etwas zügiger vorankommen können.

(Herr Erben, SPD: Das Landesorganisationsgesetz hat auch länger gedauert!)

Es geht um die Berufsgruppe der Steuerberater. Das ist eine sehr atypische Berufsgruppe; denn den Berufsausbildungsgang Steuerberater gibt es nicht. Es gibt viele Zugänge zu dieser Tätigkeit. Diese liegen meistens auch nach dem Beginn des 40. Lebensjahres, weil es meistens mit einer längeren Berufserfahrung verbunden ist. Das zu ändernde Lokalisierungsprinzip trägt auch dem Umstand Rechnung, dass der Beruf des Steuerberaters mit einer hohen Mobilität verbunden ist.

Artikel 2 ist die eigentliche Überraschung in dem Gesetz, die Ankoppelung. Aber gut, man kann koppeln, was man möchte. Aus jahrelanger Arbeit als Mitglied eines Personalrates, einer Stufenvertretung ist mir das Problem durchaus bekannt.

Ich glaube, dass an dieser Stelle eine notwendige Klarstellung vorgenommen wird. Ich fürchte aber,

dass die Frage, wer welcher Versetzung zustimmen muss, nach wie vor eine der schwierigsten Fragen sein wird, weil das Verfahren der Dienststellen sozusagen immer eine interessengeleitete Sache ist.

Ein bisschen mehr Klarheit werden wir haben. Aber der Streit um diese Frage wird wohl trotzallem nicht aufhören. Aber der Gesetzgeber hat an dieser Stelle das Seine getan. Deshalb werden den beiden im Gesetzentwurf enthaltenen Artikeln zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Knöchel. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Niestädt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Frau Niestädt (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Herr Knöchel, es hätte mich jetzt auch gewundert, wenn Sie gesagt hätten, dass Sie dem Gesetzentwurf nicht zustimmen; denn im Finanzausschuss gab es einen einstimmigen Beschluss. Auch ich möchte dazu nicht mehr viel sagen.

Artikel 1 befasst sich mit der Anpassung an das EU-Recht. Sie haben es noch einmal begründet. Es ist für die Angehörigen der steuerberatenden Berufe vor allen Dingen wichtig, dass nun auch die Versicherungszeiten im Versorgungswerk der anderen europäischen Träger bei der Erfüllung von Wartezeiten und bei der Rentenberechnung usw. berücksichtigt werden, sodass soziale Sicherheit im Fall der Migration gewährleistet ist. Damit wird eine ungehinderte Tätigkeitsausübung innerhalb der EU befördert.

Außerdem - auch das ist nicht ganz ohne - möchte ich erwähnen, dass die Amtszeit der Vertreterversammlung von vier auf sechs Jahre erhöht wird, sodass der für Neuwahlen benötigte Zeitaufwand in gewisser Weise gemindert wird.

Artikel 2 enthält eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes. Auch diesbezüglich erfolgte eine Klarstellung. Die vom Obergericht angewandte Lesart des Personalvertretungsgesetzes stimmte nicht mit der bisherigen Praxis überein. Danach hat die übergeordnete Dienststelle die bei ihr gebildete Stufenvertretung beteiligt. Nach dem gemeinsamen Wunsch der Gewerkschaft und der Landesregierung soll die bisherige Praxis Anwendung finden. Deshalb erfolgt eine Präzisierung im Gesetz.

Gleichwohl sollte man noch sagen, dass die Stufenvertretung den Personalrat der abgebenden Dienststelle trotzdem anhören wird. Das finde

ich gut und das war auch bisher so. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Niestädt. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Herr Meister das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Herr Meister (GRÜNE):

Angesichts des Abstimmungsergebnisses 13 : 0 : 0 im Ausschuss braucht man nur wenige Worte zu machen.

Es geht um das Versorgungswerk der Steuerberater. Zum einen wird die Altersgrenze - wir haben es gehört - von 40 auf 62 Jahre angehoben. In anderen Bundesländern liegt die Grenze bei 60 bis 67 Jahren. Bei uns ist die Anhebung der Altersgrenze auf 62 Jahre gut begründet worden; denn das ist der früheste Zeitpunkt, zu dem die Rente in Anspruch genommen werden kann. Danach macht es wenig Sinn.

Das Gesetz dient der Anpassung an das EU-Recht. Es dient der Verbesserung der sozialen Sicherheit von Freiberuflern. Es wirkt der Altersdiskriminierung entgegen.

Ein anderer Punkt betrifft - es ist schon erwähnt worden - die Vertreterversammlung. Ihre Amtszeit wird von vier auf sechs Jahre verlängert. Sie hat zukünftig auch weniger Vertreter. Ich glaube, das macht angesichts der dort zu regelnden Materie tatsächlich Sinn.

Dann gibt es den Artikel 2. Ich habe mir wirklich eine Weile den Kopf zerbrochen, um festzustellen, wo der Zusammenhang ist. Ich habe versucht, einen Zusammenhang herzustellen. Es gibt natürlich keinen. Wer einen gesucht hat, musste feststellen, dass es keinen gibt. Das wird mit geregelt. Es macht auch Sinn, das jetzt einfach mit abzuferigen.

Hinsichtlich des Personalvertretungsgesetzes besteht ein Detailproblem. Es geht darum, dass die gerichtliche Auslegung der bestehenden Gesetzeslage anders ist als die Sicht des Gesetzgebers und als es sich in der bisherigen Praxis darstellt. Deshalb ist die Klarstellung erforderlich und sollte vorgenommen werden.

Wir Bündnisgrüne werden den beiden Artikeln des Gesetzentwurfs zustimmen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Meister. - Jetzt spricht für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Herr Barthel. Bitte schön, Herr Barthel.

Herr Barthel (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, am besten könnte man die Änderung der Gesetze mit folgendem Spruch beschreiben: Was lange währt, wird endlich gut.

Mein Kollege Knöchel hat es richtig gesagt: Wir sind tatsächlich das letzte Bundesland, das diese Anpassung an das EU-Recht vollzieht. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass mich unsere Ausschussvorsitzende Frau Dr. Klein im Rahmen eines Parlamentarischen Abends ansprach und fragte, was wir mit diesem Vorgang machen sollen, der schon geraume Zeit im Ministerium der Finanzen schlummerte.

Wir haben ihn dann über einen Antrag auf Behandlung im Rahmen der Selbstbefassung in den Ausschuss geholt, nachdem wir mit den Steuerberatern geredet hatten. Manchmal bedarf es nur eines kleinen Impulses, damit die Landesregierung tätig wird. Unter der Federführung der Staatssekretäre ist das dann tatsächlich zügig vorangetrieben worden, sodass wir das heute vollziehen können.

Das ist in der Tat eine gute Sache. Ich denke, hinsichtlich des Regelungsinhaltes muss man lediglich eine Sache erwähnen; denn es gab im Zusammenhang mit der Pflichtmitgliedschaft immer wieder auch Bedenken dahingehend, ob denn solche Dinge tatsächlich auch in der Form sein müssen.

Aus der Gesetzesänderung ergeben sich für Bestandsmitglieder der Steuerberaterkammer Sachsen-Anhalt keine Änderungen. Für Neumitglieder gelten die bisherigen Befreiungsmöglichkeiten, die durch diese Gesetzesänderung eher noch ausgeweitet werden. Deshalb kann man auch an dieser Stelle sagen, dass das jetzt eine runde Sache ist. - Wir bitten um Zustimmung dazu.

Im Hinblick auf Artikel 2 ging es mir ähnlich wie meinen Kollegen. Ich habe erst gedacht, das sei ein Fehler. Aber wir ändern hiermit zwei Gesetze. Im Vorgriff auf das zu novellierende PersVG ist eine Klarstellung in einem Punkt erfolgt, der insbesondere - wenn ich das richtig sehe - im Bereich der Schulen auch für eine gewisse Unsicherheit gesorgt hat. Wir hoffen auch, dass durch diese Klarstellung die Arbeitsfähigkeit wiederhergestellt ist. - Wir bitten auch hierfür um Zustimmung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Barthel. - Damit ist die Debatte beendet. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren zu der Beschlussempfehlung in der Drs. 6/3248. Wir können über den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit abstimmen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer stimmt dem Gesetz-

entwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das ist das ganze Haus. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit wurde der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Jetzt stimmen wir über die Artikelüberschriften ab. Wer ihnen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind auch hier alle Fraktionen. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit wurde den Artikelüberschriften zugestimmt.

Nun stimmen wir über die Gesetzesüberschrift ab. Sie lautet: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Steuerberaterinnen und Steuerberater und zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt. Wer stimmt dieser Gesetzesüberschrift zu? - Das sind wieder Vertreter aus allen Fraktionen. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist der Gesetzüberschrift zugestimmt worden.

Dann stimmen wir über das Gesetz in seiner Gesamtheit ab. Wer stimmt dem Gesetz in seiner Gesamtheit zu? - Alle Fraktionen. Stimmt jemand dagegen? - Nein. Enthält sich jemand der Stimme? - Auch nicht. Damit ist das Gesetz beschlossen worden und der Tagesordnungspunkt 8 ist abgearbeitet.

Wir kommen jetzt zum **Tagesordnungspunkt 18:**

Beratung

Stellungnahme zu den Ablehnungsgesuchen der Beschwerdeführerinnen zu den Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht - Landesverfassungsgerichtsverfahren LVG 67/10, 69/10, 71/10 (ADrs. 6/REV/120)

Beschlussempfehlung Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung - **Drs. 6/3247**

Wer der Beschlussempfehlung in der Drs. 6/3247 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das ganze Haus. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist dieser Beschlussempfehlung zugestimmt worden und der Tagesordnungspunkt 18 erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Beratung

Personelle Umbesetzung des 14. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/3261**

Mithilfe des vorliegenden Antrags soll die Besetzung des 14. Parlamentarischen Unterausschusses dahingehend geändert werden, dass Herr Abgeordneter Jan Wagner für die - inzwischen müsste man sagen: ehemalige - Frau Abgeordnete Dr. Angelika Klein Mitglied sowie Frau Abgeordnete Evelyn Edler stellvertretendes Mitglied werden.

Es gibt dazu keinen Diskussionsbedarf. Dann lasse ich jetzt über den Antrag in der Drs. 6/3261 abstimmen. Wer stimmt dem Vorschlag zu? - Das ist das ganze Haus. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Ebenfalls niemand. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden und der Tagesordnungspunkt 19 abgearbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mit dem Schwung der Fußballweltmeisterschaft das Ende der 70. Sitzung des Landtages vorzeitig erreicht. Die morgige 71. Sitzung beginnt pünktlich um 9 Uhr. Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 2 zum Thema „Mehr Rechte für Werkvertragsarbeitnehmer und -arbeitnehmerinnen - Umkehr der Beweislast“.

Ich schließe die heutige Sitzung. Kommen Sie gut durch den heutigen Abend und die Nacht!

Schluss der Sitzung: 17.03 Uhr.